Juni 2025
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Putsch von oben rechts

Die US-Gewerkschaften im Kampf gegen Trumps Staatsstreichversuch

Die Alten und die Pflegenden – eine unschlagbare Union?

Ein Plus für VPOD-Mitglieder – Jetzt Gesundheitskosten sparen

Dank der Partnerschaft zwischen dem VPOD und der KPT profitieren VPOD-Mitglieder und ihre Familie von einem grosszügigen Rabatt auf Zusatzversicherungen.

Ein Plus an Vorteilen für VPOD-Mitglieder

- Bis zu 9 % Kollektivrabatt auf ambulante und Spitalzusatzversicherungen

Ein Plus an zusätzlichen Vorteilen

- 5 % Online-Rabatt auf verschiedene Zusatzversicherungen
- 6,7 % Treuerabatt auf alle ambulante und Spitalzusatzversicherungen bei einer 3-jährigen Versicherungsdauer
- Familienrabatt: Kostenlose Spitalzusatzversicherung allgemeine Abteilung ab dem dritten Kind.

Der Rabatt gilt auch für Familienangehörige, die im gleichen Haushalt leben:

- Ehe- oder eingetragene Partner:innen
- Lebenspartner:innen
- Ledige Kinder bis zum 25. Geburtstag
  Der Beitritt zum Kollektivvertrag ist bis zum ordentlichen AHV-Alter möglich.

Bereits bei der KPT versichert?

Bereits bei der KPT versicherte Mitglieder können ihre Police einfach in den VPOD-Kollektivvertrag überführen und erhalten die gleichen Leistungen für tiefere Prämien. Die einzige Änderung: Das Prämieninkasso erfolgt über den VPOD.

Ein Plus an Service

Bei der KPT sind Sie keine Nummer – sondern stehen im Mittelpunkt. Unsere Expertinnen und Experten beraten Sie persönlich, ehrlich und unkompliziert:
kollektiv@kpt.ch | +41 58 310 98 84

kpt: die krankenkasse mit dem plus

Ich will VPOD-Mitglied werden!

☐ **Ich möchte dem VPOD beitreten.**

☐ **Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.**

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

5 **Gegen die Milliardärsklasse**
Demonstrationen und Feiern zum 1. Mai in der ganzen Schweiz – und weltweit

6 **Arbeit frisst Leben auf**
«On Falling»: Ein in Schottland spielender Film über Prekarisierte mit Migrationserfahrung

7 **Die Kollegin namens Transparenz**
Der neue Lohnrechner des SGB: Was er leistet und warum es ihn braucht

8 **Doppelt leiden? Gemeinsam kämpfen!**
Die VPOD-Verbandskonferenz Pensionierte sucht den Schulterschluss mit den Pflegenden

10 **Wo das Pedal drückt**
Erste Resultate einer Studie über die Gesundheit des Busfahrpersonals

11 **Die grosse Erschöpfung**
Long Covid erreicht die IV: Bisher knapp 3000 Fälle angemeldet

13–20 **Dossier: Was ist los in den USA?**
«Sich nicht von der Angst leiten lassen»: Wie die Gewerkschaften gegen Trumps versuchten Staatsstreich mobilisieren

21 **Serie: K wie Konflikt**
Führung und Zusammenarbeit aus Gewerkschaftssicht

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

9 **Antonia W. Fleischmann:** Die Kratzbürste im System

12 **Aus den Regionen und Sektionen**

22 **Wirtschaftslektion:** Nicht bei der Forschung sparen

23 **Wettbewerb:** Justizskandal in Frankreich

24 **VPOD aktuell**

25 **Hier half der VPOD:** Prozentrechnen für Fortgeschrittene

26 **Solidar Suisse:** Schuldsklaverei 2025

27 **Menschen im VPOD:** Adila Choudry, Sekundarlehrerin im Gersag-Schulhaus Emmenbrücke, Präsidentin VPOD Luzern

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 4, Juni 2025
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Nach dem Nachruf

Eigentlich doof, dass man Nachrufe immer erst schreibt (oder publiziert), wenn jemand gestorben ist. Also präzis so, dass der/die/das Verstorbene nichts mehr davon hat (es sei denn, man stellt sich die Toten in einem kindlichen Himmel vor, so auf Wolken paddelnd und das Treiben hienieden beäugend). Eigentlich liegen die Nachrufe ja längst bereit. Jedenfalls auf grossen Redaktionen hält man sie vorrätig für Promis, die alt oder krank oder beides sind. Der Schriftsteller Pedro Lenz erzählt, er habe in jungen Jahren auch einmal einen solchen Nekrolog auf Halde verfassen müssen. Eine unvoreingenommene Begegnung mit dem vorzeitig Verabschiedeten sei ihm danach nicht mehr möglich gewesen.

Wie man Nachrufe nicht schreiben sollte: so wie Christina Neuhaus in der *NZZ* über Christiane Brunner (19. April 2025). Der Artikel enthält faktische Fehler (Christiane Brunner war zum Zeitpunkt ihrer Bundesratskandidatur noch gar nicht – und schon gar nicht «ehemalige» – SGB-Präsidentin; dieses Amt trat sie erst 1994 an). Schlimmer ist, dass zu zwei Dritteln nicht von der Verstorbenen, sondern von der Schlammschlacht um und gegen sie berichtet wird.

Zwar wird Christiane Brunner ein «enormes Vermächtnis» zugeordnet. Aber worin besteht dieses? Und vor allem: Mit welchen Mitteln und Taten hat sie es erreicht? Dazu hätte man sagen können – und wir tun es hier gerne noch einmal –, dass Brunner die treibende Kraft hinter dem ersten Frauenstreik 1991 gewesen ist. Dass sie die Idee der Uhrmacherin Liliane Valceschini auf- und ernstgenommen und im SGB-Vorstand präsentiert hat, so überzeugend, dass das damals noch überwiegend männliche Gremium sich mitreissen liess. Oder jedenfalls eine Mehrheit darin. Gut so: Der 14. Juni 1991 hat die Schweiz verändert.

Man hätte sagen können, dass Christiane Brunner auch als Rechtsanwältin der Lohngleichheit den Weg ebnete. Dass sie als SMUV-Präsidentin eine Art Hebamme für die heutige Unia war. Und natürlich auch, dass sie für das Bundesratsamt, das bornierte Bürgerliche ihr verweigerten, alles mitbrachte, was man sich wünschen kann. Perfekte Zweisprachigkeit inklusive.

Man soll Menschen beurteilen nach dem, was sie selbst getan haben, nicht nach den (Un-)Taten anderer. Man soll Menschen nicht zu Opfern stilisieren, sondern als Handelnde zeigen. Kein Kleinkram, keine Petitessen, nein: Lebensleistung ist zu würdigen, auch im Nachruf. Und zwar im Kontext *ihrer,* nicht unserer Zeit.

Sonst bleibt nur der Schlamm in Erinnerung. Und die, die damit geworfen haben, bekommen im Nachhinein recht.

Sind so kleine Beträge: Kita-Förderung.

Sind so starke Hände: Bauarbeiter-Vertrag.

Pflege: Ohne mehr Mehl kein grösserer Kuchen

Seit Jahren arbeitet das Pflegepersonal am Anschlag. Die Pflege-Initiative sollte Abhilfe schaffen. Aber die erste Etappe ist ein Minipaket, und die zweite – das neue «Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege» – unzureichend und teilweise kontraproduktiv. Zwar sind die Ziele richtig, aber die Umsetzung ist unklar – erstens, weil sie auf den Verordnungsweg verbannt wurde, und zweitens, weil dafür keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden. Ohne mehr Mehl kein grösserer Kuchen. Für das bestehende Pflegepersonal wäre eine «kostenneutrale» Umsetzung sogar kontraproduktiv: Es käme zu einer weiteren Verdichtung der Arbeit und zu noch mehr Stress. | *sgb*

SGB warnt vor Motion Ettlin

Mit der Umsetzung der «Motion Ettlin» will das Parlament per Gesetz Löhne senken: Die Mindestlöhne, die per Volksentscheid in Kantonen und Städten erlassen wurden, wären bedroht, wenn GAV mit tieferen Löhnen sie unterlaufen dürften. Folge wären etwa in Genf Lohnsenkungen von bis zu 350 Franken in Tieflohnbranchen. «Die Vorlage hebelt nicht nur direktdemokratisch beschlossene kantonale Mindestlöhne aus, sondern schwächt auch den Lohnschutz im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit mit der EU», sagt der SGB, der das Gesetz mit allen Mitteln bekämpfen wird, sollte es vom Parlament angenommen werden. | *slt*

Kita-Förderung ist zu klein geraten

Der SGB begrüsst den Entscheid des Nationalrats, die Bundesbeiträge an institutionelle Kinderbetreuungsangebote beizubehalten und eine Elternzulage einzuführen. Beide Bestandteile sind aber zu klein dimensioniert. Die Schweiz gibt auch mit diesen neuen Beschlüssen lediglich 0,3 Prozent des BIP für die Betreuung von Kindern im Alter von 3 bis 5 Jahren aus; der OECD-Durchschnitt liegt doppelt so hoch. Dass der Frage der Arbeitsbedingungen in Kitas keine Beachtung geschenkt wurde, ist ein grosser Fehler. Auch bei der Betreuungszulage für erwerbstätige Eltern ist der Nationalrat nicht auf der Höhe der Zeit: 100 Franken monatlich, wo ein Betreuungsplatz durchschnittlich zwischen 42 und 128 Franken kostet – pro Tag! Der SGB fordert den Ständerat zur Korrektur auf. | *vpod* *(Foto: Sabina Galja/iStock)*

Bauarbeiter verlangen Respekt

Wenn der Landesmantelvertrag im Baugewerbe ausläuft, steigen die Bauarbeiter traditionsgemäss auf die Barrikaden. Heuer ist das wieder der Fall. Im Mai demonstrierten über 10 000 für kürzere Arbeitstage, entschädigte Znüni-Pausen und bezahlte Reisezeit. «Wir bauen dieses Land!», sagte ein Arbeiter auf dem Zürcher Helvetiaplatz. Aus Respekt vor dieser Leistung brauche es jetzt Veränderung, damit nicht noch mehr Kollegen abwandern und damit auch Junge nachkommen. | *unia/slt* *(Foto: megaflopp/iStock)*

AHV: Bundesrat respektiert Volkswillen (teilweise)

Der SGB lobt, dass der Bundesrat bei der nächsten Revision die Finger vom AHV-Alter lässt: «Damit respektiert er den klaren Willen der Stimmbevölkerung, die sich im letzten Jahr mit wuchtigen 75 Prozent gegen eine Erhöhung des Rentenalters ausgesprochen hat.» Kritisiert wird dagegen, dass dennoch Massnahmen zum längeren Arbeiten vorbereitet werden. Auch die Probleme der Leute mit tiefen Einkommen werden nicht gelöst; eine Rentenerhöhung für dieses Segment ist nicht vorgesehen. | *sgb*

«Entlastungspaket» ohne ökonomische Not

Der VPOD hat sich im Rahmen der Vernehmlassung klar gegen das «Entlastungspaket 2027» des Bundes ausgesprochen. Es brächte einen massiven Leistungsabbau, eine unsoziale Lastenverschiebung und eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Und das alles ohne jede Notwendigkeit: Der Bund schreibt laufend Überschüsse. Das Gegenteil wäre sinnvoll: eine Revision der Schuldenbremse. | *vpod*

Demonstrationen und Feiern zum 1. Mai in der ganzen Schweiz – und weltweit

Gegen die Milliardärsklasse

Kein Feiertag ist so international wie jener der Arbeiterklasse. Die Kundgebungen in der Schweiz haben heuer ein starkes Signal ausgesandt: gegen den wachsenden Einfluss von Rechten und extrem Rechten. Auch international stand der 1. Mai voll im Zeichen der Abwehr von Trump & Co. | Text und Fotos: *VPOD*

Von einem «Wendepunkt der Geschichte» sprach die Internationale der öffentlichen Dienste IÖD/PSI in ihrem Aufruf zum Tag der Arbeit: «Die globale Milliardärsklasse hat einen noch nie dagewesenen Angriff auf öffentliche Dienstleistungen, demokratische Institutionen und die Rechte der Arbeitnehmenden gestartet. Sie verstecken ihre Absichten nicht länger hinter komplexen Wirtschaftstheorien oder falschen Versprechungen über gemeinsamen Wohlstand.» Vielmehr stünden die seit dem Zweiten Weltkrieg erkämpften Errungenschaften nun offen auf der Abschussliste, auch die Rechtsstaatlichkeit, der Service public, die sozialen Absicherungen und die Gewerkschaften. «Die Bedrohung ist real. Aber unsere Kraft ist es auch», heisst es im Appell.

Solidarität hilft immer noch: Maikundgebungen in Basel und in Winterthur.

Ausgrenzung wie früher?

«Solidarität statt Hetze – gemeinsam sind wir stark», lautete das Motto des SGB zum 1. Mai 2025. Auch hierzulande wächst der Einfluss nationalistischer Kräfte, und Zugewanderte werden schikaniert, etwa durch die SVP-Initiative gegen eine «10-Millionen-Schweiz». Das Volksbegehren greift aber in erster Linie den Lohnschutz und die Personenfreizügigkeit an – ist also gegen uns alle gerichtet. Dies betonte Daniel Lampart, SGB-Sekretariatsleiter, in seiner Ansprache in Münchenbuchsee: Mit der Initiative drohe «eine Migrationspolitik wie früher, in der Menschen ausgegrenzt oder gar in den Tod geschickt wurden, mit schlechten Arbeitsbedingungen, Schwarzarbeit und unmenschlichen Zuständen». Dorthin, so Lampart, wolle man nicht zurück. Auch SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard, der in St. Gallen sprach, betonte, dass die extreme Rechte keine Antworten habe «auf die Probleme dieser ungerechten Welt, in der sich Milliardäre hemmungslos auf Kosten des Volkes bereichern». Im Gegenteil: Sie wolle dieses unfaire und gefährliche System verlängern.

«Was wir im Grossen sehen, manifestiert sich auch im Kleinen», stellte Michèle Dünki-Bättig, Präsidentin VPOD Region Zürich, in Winterthur fest und beklagte beispielsweise die bürgerlichen Attacken gegen den städtischen Mindestlohn und den Versuch, immer neue Steuersenkungen zugunsten der ohnehin schon Begüterten und der grossen Unternehmen durchzudrücken. (Das Stimmvolk hat dem zum Glück im Kanton Zürich eine Absage erteilt, siehe Seite 12.) Dünki-Bättig zeigte aber auch auf, was gegen Gefühle der Müdigkeit und der Ohnmacht hilft: Zusammenstehen und gemeinsam kämpfen. Bei Stadtbus Winterthur funktioniert's: Die Zahl der VPOD-Mitglieder wurde in kurzer Zeit ver*vier*facht, und beim Fahrpersonal ist jetzt eine Mehrheit gewerkschaftlich organisiert. Damit lässt sich etwas anfangen.

«On Falling»: Ein in Schottland spielender Film über Prekarisierte mit Migrationserfahrung

Arbeit frisst Leben auf

Der Spielfilm «On Falling» zeigt Arbeits- und Lebensbedingungen von prekär lebenden Menschen in Schottland. Regisseurin Laura Carreira macht sichtbar, wie Demütigung und Entfremdung die kollektive Organisation der Migrierten vereiteln. | **Text:** *Johannes Gruber (Foto: Frenetic)*

Eine «erschütternde Studie über den Spätkapitalismus» – so preist der Verleih «On Falling» an, den neuen Film der Regisseurin Laura Carreira, der demnächst in den Schweizer Kinos anläuft. Es ist der erste Abendfüller der jungen Regisseurin, die aus Portugal stammt und in Edinburgh lebt. Ihre eigene Migrationserfahrung hat wohl auch die Konstellationen des Films beeinflusst.

Belohnung: ein Schoggistengel

Hauptfigur ist Laura, eine junge Portugiesin, die in einem schottischen Vertriebszentrum als Pickerin arbeitet. Im Lager durchforstet sie 10 Stunden täglich Regale, scannt die angeforderten Waren und leitet diese weiter. Es ist einsame, monotone Arbeit, schlecht bezahlt und mit vielen Demütigungen verbunden. Die Auszeichnung für die beste Pickerin der Woche ist ein Schokoriegel; nach den Richtlinien des Unternehmens sind regelmässige Drogentests der Angestellten vorgesehen, an obligatorischen Firmenevents werden die Teamerfolge vor allem symbolisch und gratis gefeiert. Und das schlecht bezahlte Personal wird noch aufgefordert, für den Umweltschutz zu spenden.

Keine Kraft

Im Vertriebszentrum arbeiten die, die keine andere Wahl haben. Als Laura zu Beginn des Films in der Kantine mit einem Kollegen ins Gespräch kommt, woraus sich so etwas wie ein Flirt entwickelt, beginnt man kurz auf ein Happy End zu hoffen. Beide scherzen darüber, dass sie nach der eintönigen und anstrengenden Arbeit nicht mehr zu *mehr* in der Lage sind, als den Haushalt und die Wäsche zu besorgen. Doch die Romanze endet, bevor sie beginnen konnte: Beim folgenden Mittagstisch erfährt man, dass sich dieser junge Mann, dessen Namen niemand kennt, umgebracht hat.

Laura wohnt in einer Mischung von Wohnheim und Wohngemeinschaft mit jungen Leuten, die wie sie Migrationshintergrund haben und meist Jobs, mit denen man kaum über die Runden kommt. Sie helfen sich gegenseitig nach Kräften mit Ratschlägen, etwa wenn das Smartphone kaputt geht. Sie leihen sich gegenseitig kleine Beträge an Geld, wenn das Nötigste nicht mehr bezahlt werden kann, und teilen sich abends Essen und Bier. Für Freundschaft fehlen Zeit und Kraft.

Verzweifelt versucht Laura, eine andere Arbeitsstelle zu finden mit einer interessanteren Tätigkeit und einer fairen Bezahlung. Erster Erfolg ist ein Bewerbungsgespräch für eine Stelle beim Sozialamt, das den dramaturgischen Höhepunkt des Films darstellt. Als die Personalverantwortliche versucht, Laura als Person kennenzulernen, und ihr Fragen nach Freizeit, Hobbys und Vorlieben stellt, hat Laura keine Antwort: Sie bricht in Tränen aus und beginnt aus der Not heraus, etwas zu erfinden. Zu all dem, was Menschen individualisiert, hat sie keinen Zugang. Nach der Arbeit fehlen Geld und Energie, gemeinsam mit anderen etwas zu unternehmen oder sich auch nur selbst anregend zu beschäftigen.

Ein Psychiater würde wohl eine Depression diagnostizieren. Es sind aber die Folgen der Arbeit, die mit Marx als Entfremdung verstanden werden können: Entfremdung von der eigenen Tätigkeit, vom Produkt der Arbeit, von sich selbst – und von dem, was uns als Menschen ausmacht.

Und die Gewerkschaften?

Die Schlussszene des Films zeigt Laura an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren, eine Störung führt zu einer Unterbrechung des Betriebsablaufs. Die Beschäftigten nutzen sie für gemeinsame Spiele und Scherze. Weitergedacht wäre ein solches Gemeinschaftsgefühl auch Bedingung dafür, sich kollektiv zu organisieren, um Arbeitsbedingungen und Löhne zu verbessern. Prekär Arbeitende sind auch für Gewerkschaften nach wie vor eine grosse Herausforderung. Der Film zeigt, warum. Und warum gerade deren Organisation so wichtig wäre.

On Falling. GB 2024. 104 Minuten. Mit u.a. Joana Santos, Neil Leiper, Ola Forman, Ross Ian-Martin. Regie und Drehbuch: Laura Carreira. Ab 12. Juni im Kino.

Der neue Lohnrechner des SGB: Was er leistet und warum es ihn braucht

Die Kollegin namens Transparenz

Der SGB lanciert den Lohnrechner neu. Die überarbeitete Online-Plattform liefert übliche Löhne in 100 Branchen und 15 regionalen Märkten. So können Nutzerinnen erkennen, ob sie selbst fair verdienen: Transparenz ist eine Kollegin.

Text: *SGB und VPOD (Foto: SGB)*

Mit dem Lohnrechner *www.lohnrechner.ch* können Arbeitnehmende anonym und kostenlos prüfen, welchen Lohn sie basierend auf ihrem Profil (also etwa Beruf, Branche, Ausbildung, Alter, Arbeitsort) erwarten dürfen. Der Rechner zeigt nicht nur den mittleren Lohn (Median) für das eingegebene Profil an, sondern auch die Bandbreite der üblichen Löhne. So lässt sich erkennen, ob man selbst einen fairen Lohn erhält oder unterbezahlt ist (oder, was auch vorkommen soll: darüber liegt).

Den Wissensrückstand aufholen

Der SGB-Lohnrechner basiert auf repräsentativen Daten der Lohnstrukturerhebung 2022 des Bundesamts für Statistik, die 2,3 Millionen Löhne aus 35 000 Unternehmen umfasst. Zugleich informiert er über Gesamtarbeitsverträge: Sie legen in vielen Branchen die Untergrenzen fest. So schafft der Lohnrechner Transparenz, was in individuellen Lohnverhandlungen hilft. Er zeigt aber auch, worauf Arbeitnehmende dank kollektiven Verhandlungen Anspruch haben. Von kommerziellen Lohnrechnern – davon gibt es inzwischen einige – hebt sich das SGB-Tool durch den Detaillierungsgrad ab: Man erfährt nicht nur, was eine Verkäuferin im Durchschnitt verdient. Sondern man erfährt, was eine Verkäuferin mit Lehre im Alter 30 in einem Supermarkt in St. Gallen verdient. Es macht eben einen Unterschied, ob ein 30-jähriger Kaufmann auf einer Bank oder in einer Autogarage arbeitet. Es ist relevant, ob eine Lehrperson mit 25 oder mit 50 Jahren neu angestellt wird. All das lässt sich ablesen. Der Lohnrechner berücksichtigt aber nur Merkmale, die bei Lohnverhandlungen auch wirklich eine Rolle spielen sollten. Nach dem Geschlecht, dem Aufenthaltsstatus oder der Grösse des Unternehmens fragt er nicht, denn diese Faktoren messen Diskriminierung oder Privilegierung unabhängig von der Qualifikation.

Lohnrechner

Rechnest du noch, oder verdienst du schon? Der SGB-Lohnrechner ist upgegradet.

Während Arbeitgeber im Allgemeinen gut über Löhne informiert sind, fehlt Arbeitnehmenden oft das Wissen über das, was am Markt üblich ist. Arbeitgeber können diesen Vorsprung ausnützen. Häufig zahlen sie nur das Minimum. Der Lohnrechner gibt den Beschäftigten das nötige Wissen zurück – dank Kollegin Transparenz kann man uns nicht mehr so leicht über den Tisch ziehen. Sie ist ein zentraler Hebel auch im Kampf gegen Lohndiskriminierung, denn sie hilft mit, die noch immer zu tiefen Frauenlöhne zu heben.

Die Verwaltung kommt sogleich

Die Löhne der öffentlichen Verwaltung sind in der aktuellen Version des Lohnrechners noch nicht eingebaut. Das hat historische und vertragliche Gründe. Historische, weil das Instrument ursprünglich im Zusammenhang mit den Flankierenden Massnahmen aufgebaut wurde – mit dem Ziel, die Orts- und Branchenüblichkeit von Löhnen in der Privatwirtschaft abzuschätzen. Öffentliche Löhne waren dabei naturgemäss nicht von Interesse. Allmählich wurde der Lohnrechner aber immer stärker ausgeweitet, und immer mehr Service-public-Berufe wurden einbezogen. Lediglich die öffentliche Verwaltung im engen Sinn ist derzeit noch nicht Teil des Lohnrechners. Der SGB hofft aber, den Bereich sehr bald – in den nächsten Wochen – ebenfalls freischalten zu können. So kann dann auch eine Informatikerin beim Bund oder eine städtische Sozialarbeiterin einen präzisen Vergleichslohn ermitteln. | *slt*

Die VPOD-Verbandskonferenz Pensionierte am 15. Mai in Solothurn sucht den Schulterschluss mit den Pflegenden

Doppelt leiden? Gemeinsam kämpfen!

Die Langzeitpflege in der Schweiz wird heute weder den Bedürfnissen der Nutzenden noch jenen der Beschäftigten gerecht. Die VPOD-Verbandskonferenz Pensionierte entwickelte in Solothurn Ideen zur Abhilfe mittels Schulterschluss. Dabei fiel auch das Wort Streik. | **Text:** *Christoph Schlatter (Fotos: VPOD)*

Die Annahme der Pflege-Initiative im November 2021 war ein grosser Erfolg. Was ist daraus geworden? Bei der Umsetzung kann man froh sein, wenn es nicht zu Verschlechterungen gegenüber dem Status quo kommt. Aus Sicht der VPOD-Pensionierten braucht es daher ein Zeichen – insbesondere zugunsten der Langzeitpflege, wo die Missstände am dramatischsten sind. Die Schilderung unhaltbarer Zustände, ob aus Sicht von Pflegenden oder aus der Perspektive von Angehörigen, nimmt in solchen Diskussionen immer viel Raum ein. So war es auch an der VPOD-Verbandskonferenz der Pensionierten in Solothurn.

Lauter Einzelepisoden?

Beat Ringger, Publizist, Denknetzdenker und ehemaliger VPOD-Zentralsekretär, sieht die gesamte Langzeitpflege als Pflegefall: Ihr fehlt es an Wertschätzung, an Fachkräften und an einem Finanzierungssystem, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Stattdessen wird alles in Behandlungsepisoden zerstückelt. Besonders das Auseinanderdividieren von medizinischen und betreuerischen Leistungen ist schädlich: Es führt dazu, dass Alltagsdinge vernachlässigt werden, was die Lebensqualität von Betagten massiv mindern kann. Dass sich der bestehende Fachkräftemangel angesichts demografischer Entwicklungen noch verschärfen wird, ist keine neue Prophezeiung. Bei der quantitativen Abschätzung der Lücke wurde Ringger noch übertroffen von VPOD-Kollegin Vanessa Deroche, Pflegefachfrau aus der Waadt, die nach ihm sprach.

Auch sie zeichnete ein düsteres Bild der Branche, wobei das Leiden auf beiden Seiten stattfinde: bei den Pflegebedürftigen, die spüren, dass ihnen nicht die optimale Sorge zuteil wird. Und bei den Pflegenden, die psychisch und physisch über die Massen beansprucht sind, womit Wertschätzung und Lohn nicht Schritt halten. Die Branche ist weit überwiegend (zu 87 Prozent) weiblich und hat zu wenig ausgebildetes Personal, obwohl sie Diplomierte aus dem Ausland abgreift. Dazu kommen familieninkompatible Schichtmodelle; besonders schlimm sind die durch mehrstündige Pausen geteilten Dienste. Ausserdem ist da das latente Gefühl, die Arbeit aufgrund von Zeitdruck und Überbürokratie nicht so machen zu können, wie man es selbst für richtig hält. Das zermürbt.

Picks und Tricks der Privaten

In der Praxis zeigt sich ja deutlich, dass die Zergliederung der Arbeitsschritte keinen praktischen Nutzen stiftet, im Gegenteil. Was soll ein 250-Fragen-Katalog für die Einreihung in eine Pflegestufe? Ja, Frau Müller kann vielleicht heute noch ein Joghurtbecherli öffnen, morgen vermag sie's nicht mehr. Herr Meier wusste gestern noch, dass man die Unterhose *unter* der Hose trägt. Und die abgemessenen 10 Minuten Hilfestellung fürs Anziehen der Stützstrümpfe reichen bei ihm auch nicht mehr. Eine weitere Erschwernis besteht darin, dass sich öffentliche und private Organisationen den Markt teilen. Aber was heisst «Markt», was heisst «teilen»? Letzteres meint meist Rosinenpicken und Taschenspielertricks der Privaten. Diese sind inzwischen dazu übergegangen, mittels Angehörigenpflege zulasten der Gemeinden und der Versicherung Profit zu machen. 38 Franken pro Stunde auszahlen, 82 Franken einstreichen – man rechne.

Die VPOD-Pensionierten sind noch rüstig, jedenfalls die rund hundert, die im Alten Spital an der Aare vor Ort waren. Pflegebedürftigkeit kennen sie vor allem aus dem Umfeld. Ihnen selbst steht die Phase noch bevor. Kann man das überhaupt, was einer sagte: «gesund sterben»? Und *will* man

Wollen bessere Langzeitpflege – für sich und andere: VPOD-Pensionierte.

das? Die Diskussion über Massnahmen, die Situation zu verbessern, war lebhaft. Wie gelingt er, der auch von VPOD-Präsident Christian Dandrès eingangs herbeigewünschte Schulterschluss zwischen Nutzerinnen und Beschäftigten des Service public? Der Antrag für eine Kampagne für eine qualitativ hochstehende Langzeitpflege mit guten Arbeitsbedingungen sieht eine nationale Tagung im kommenden Jahr vor, gefolgt von einem Aktionstag. Die Versammlung fügte das Wort «Streik» in den Text ein, obwohl aus dem Saal die Mahnung kam, dass es nicht die Pensionierten seien, die so etwas beschliessen. Anstösse geben wollen sie aber unbedingt.

Vanessa Deroche.

Aber bitte mit Saane

Eine Pensioniertenkonferenz im VPOD bedient immer auch den Wunsch nach Geselligkeit, die auf der Aareterrasse bei einem Gläsli ausgelebt werden konnte; dass man sich auch sprachübergreifend wieder näherkomme, bezweckt ein weiterer gutgeheissener Antrag. Die weiterhin nach Deutsch und Latein gegliederten Kommissionen sollen sich, so der Wille, besser als bisher koordinieren, etwa durch gegenseitige Präsenz an den Sitzungen und durch eigens benannte Kontaktpersonen, welche für Koordination sorgen. Einmal jährlich soll es – jedenfalls «bei Bedarf» – eine nationale Gesamtsitzung über die Saane hinweg geben. Mit einer Gegenstimme wurde dieses Paket verabschiedet.

Die neu gewählte VPOD-Kommission Pensionierte Deutschschweiz umfasst: Marianne Jaggi (Basel; Co-Präsidentin), Werni Weber (Zürich; Co-Präsident), Thomas Bächler (Bern Städte Gemeinden Energie), Ulrich Braun (Aargau/Solothurn), Roger Gertsch (Bern SGE), Elisabeth Hallauer-Mager (Zürich), Daniel Juni (Bern SGE), Beat Mischler (Bern SGE), Bänz Mühlethaler (Bern SGE), Stefan Neuenschwander (Zürich), Fred Reutlinger (Ostschweiz), Marcel Rodel (AG/SO), Regina Stauffer (Zürich), Alfred Stutz (Luftverkehr), Benjamin Weishaupt (Luftverkehr), Manfred Wieland (Luftverkehr), Samuel Woodtli (Bern Kanton), Kurt Wyss (Bern SGE).

Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

2 Bis auf weiteres abwesend

Der Mensch lebt nur zur Miete, und irgendwann muss er raus. Ich habe den ganzen Monat damit verbracht, mir dieses Bonmot auszudenken. Leider geht der Text noch weiter. Wohnen. Sie kennen es? Es ist vielleicht der existenziellste Ausdruck unseres Daseins, neben Minigolf, natürlich. Und wie unterschiedlich! Manche besitzen gleich ein ganzes Haus (und ein Rustico im Tessin), andere, wie ich, haben nicht einmal ein Zelt. Die meisten meiner Bekannten wohnen allerdings zur Miete. Und die anderen auf dem Friedhof. Übrigens passt es zu diesem Volk der Mieter, dass selbst die letzte Ruhestätte nur eine Zwischennutzung ist. Nach zwanzig Jahren wirft man uns auf die Strasse, um Platz für neue Kunden zu schaffen. Habe mich neulich daran erinnert, als ich meinen alten Dichterfreund Rolf Edél, den Meister des Binnenreims, besuchen wollte und an seiner Stelle eine gewisse Trudi Schnurrenberger vorfand. Und wo ist jetzt Rolf?

Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

Um jenes Verschellen ins Ungewisse, wie Hermann Burger möglicherweise nicht geschrieben hätte, zu verhindern, kaufen die Menschen in anderen Ländern ihre Gräber. In Polen, wo ich einige selbstzerstörerische Jahre gelebt habe (Wodka, Schweinefleisch), blättern sie einen saftigen Vorschuss hin, damit sie die Ewigkeit auf sicher haben. In Polen wohnt übrigens auch keiner zur Miete, und wer es sich nur irgendwie leisten kann, kauft sich eine Wohnung. Denn aus schlimmer Erfahrung weiss man dort um die Widrigkeiten des Lebens, denen man sich nicht willfährig ausliefern möchte. Hierzulande war das Leben in der Vergangenheit oft nicht so widrig, weshalb man noch immer glaubt, dass das Schicksal oder der Markt oder was auch immer es gut mit uns meint. «Trump liebt die Schweiz», tönte es neulich noch. Liebe macht bekanntlich blind. Nur so ist es zu erklären, dass dieser Don Juan der freien Marktwirtschaft uns die saftigsten Zölle jenseits von Lesotho aufgebrummt hat. Ein Missverständnis, erklärte man sofort. Die Schweiz bleibt doch immer verschont. Doch zurück zum Wohnen. In der NZZ behauptete der Immobilienökonom Andreas Loepfe neulich: «Wer jetzt nicht mit Sparen anfängt, wird die Miete in zehn Jahren nicht mehr zahlen können.»

Als ich das las, dachte ich sofort zwei Dinge. Erstens: Dieser Herr Loepfe wohnt bestimmt nicht zur Miete. Zweitens: Ich habe heute schon Mühe, die Miete für den nächsten Monat aufzubringen, und jetzt soll ich auch noch für jene in zehn Jahren sparen. Wie so oft wenn Immobilienökonomen sprechen, fühlte ich mich nicht mitgemeint. Aber was wären denn die Alternativen, wenn man sich das Leben in der Stadt nicht mehr leisten kann? Ins Rentnerparadies Thailand auswandern? Oder noch extremer: aufs Land? Mein Gott. Die Kühe. Der Volg. Die SVP. Und das alles an *einer* Strasse. Und die Strasse heisst: *Landstrasse*. Dafür gibt es auf dem Land noch Dinge, die es im Grunde gar nicht mehr gibt. Bezahlbaren Wohnraum. Hüpfburgen. Oder den Tod. In der Stadt verschwinden die Toten einfach, so wie Mieter, die von einem Tag auf den anderen das Weite suchen. Auf dem Land wechseln sie nur das Stockwerk und leben auf dem Dachboden weiter. Endlich mal ruhige Nachbarn! Und wer weiss. Vielleicht treff ich sogar den alten Rolf wieder.

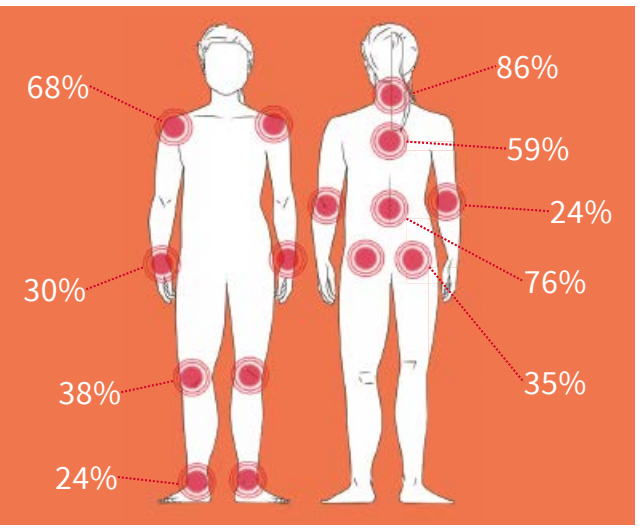
Ihre Toni Fleischmann.

Erste Resultate der Trapheac-Studie über die Gesundheit des Busfahrpersonals

Wo das Pedal drückt

Der SEV hat eine gewerkschaftsübergreifende Untersuchung über die Gesundheit des Fahrpersonals von Bussen gestartet. Die Kohortenstudie Trapheac liefert jetzt erste Ergebnisse: Lärm hat ab-, Aggression zugenommen.

| **Text:** *Irina Guseva-Canu und Florent Blanc, Unisanté (Illustration: Unisanté)*



Muskel-Skelett-Beschwerden bei Busfahrenden betreffen vor allem Rücken, Schultern und Hals.

Trapheac ist ein nationales Forschungsprojekt zu den Zusammenhängen zwischen den Arbeitsbedingungen und der Gesundheit von Busfahrerinnen und Busfahrern. Es wird von Unisanté und der Universität Lausanne durchgeführt und stützt sich auf ein grosses Partnernetz (darin neben dem SEV die Gewerkschaften VPOD, Syndicom, ausserdem der Verband öffentlicher Verkehr sowie die Bundesämter für Umwelt, Verkehr, Statistik und Gesundheit). Wissenschaftliche Unabhängigkeit und Datenschutz für die Teilnehmenden sind garantiert.

Lange Schichten machen krank

Trapheac ist ein Akronym für *Transport Personnel Health Cohort Study*. Es handelt sich also um eine Langzeitstudie, die über mehrere Jahre eine grosse Zahl von Berufsleuten beobachtet. Nach einer ersten generellen Bestandesaufnahme gibt es jährlich eine Nachbefragung. Ziel ist nicht nur, den Einfluss verschiedener Faktoren auf die Gesundheit zu erfassen, sondern auch deren Entwicklung zu verfolgen, was mit einer punktuellen Befragung nicht zu machen ist. Jetzt liegen die ersten Resultate vor. Sie beruhen auf über 600 Antworten.

Spürbare Verbesserungen gibt es in zwei Bereichen. So ist die Ergonomie der Chauffeursessel gegenüber den 1980er Jahren erhöht. Das ist auf neue Normen und technische Fortschritte zurückzuführen. Allerdings stagniert dieser Trend seit rund 10 Jahren, und die Belastungswerte pendeln bei 60 von 100 Punkten (100 = bestmögliche Ergonomie). Stark abgenommen hat in den letzten 20 Jahren die Lärmbelästigung. Heute fahren keine Busse mehr, die den Grenzwert von 85 Dezibel überschreiten.

Bei der Arbeitsorganisation ist der Fortschritt nicht so klar. Einsatzbedingte Belastungen – vorab Dienstschichten von über 10 Stunden, Wochenendarbeit und der eingeschränkte Zugang zu Toiletten – sind nach wie vor häufig. Lediglich 30 Prozent der im Jahr 2024 Befragten gaben an, *keine* Dienstschichten über 10 Stunden zu haben. Mehr als 20 Prozent arbeiten zweimal pro Woche mehr als 10 Stunden. Und beinahe 70 Prozent haben in den 4 Wochen vor der Befragung ein ganzes Wochenende gearbeitet. Die Kontakte mit Fahrgästen und anderen Verkehrsteilnehmenden sind ein weiterer Stressfaktor. Über 40 Prozent der Befragten gaben an, täglich mindestens einmal Angst vor einem Unfall oder einer Aggression zu haben.

Zufriedenheit trotz allem

Sind derartige Belastungen zu stark und halten sie zu lange an, kann von gesundheitlichen Beeinträchtigungen ausgegangen werden. Die häufigsten Krankheiten der Busfahrenden sind: Allergien (21 Prozent der Befragten), Bluthochdruck (20), Reflux und Magenübersäuerung (19), Diskushernie (19), Arthritis (15) und Innenohrbeschwerden (14). Wie bei vorhergehenden Umfragen zeigte sich, dass Probleme des Bewegungsapparats besonders häufig sind; sie können verschiedene Stellen betreffen, aber bei Busfahrenden treten sie überproportional im Rücken-, Schulter- und Halsbereich auf.

Lange Schicht verstärkt Risiko

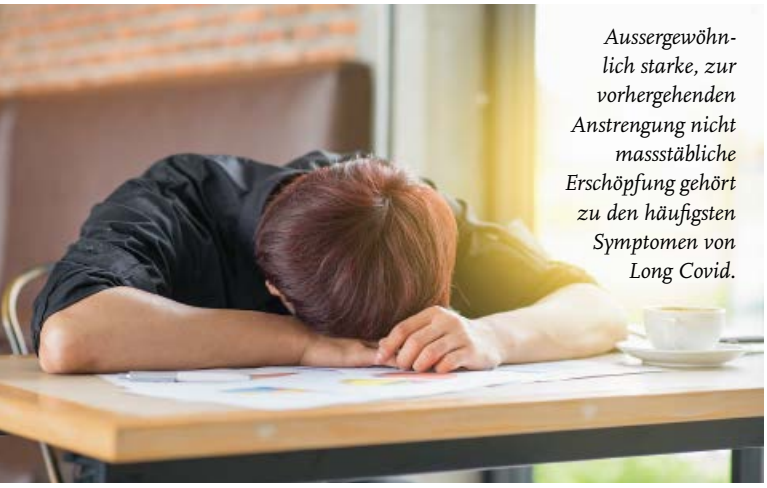
Auch starker Stress im Zusammenhang mit der Arbeit ist ein Problem – nämlich für ein Drittel der Antwortenden. Die Hälfte der Befragten leidet an Schlafstörungen, insbesondere Schlaflosigkeit. Dies verunmöglicht eine gute Erholung und kann weitere physische und mentale Beeinträchtigungen nach sich ziehen. Gemäss der neuen Studie sind 15 Prozent der Befragten einem erhöhten und 20 Prozent einem mässigen Burnout-Risiko ausgesetzt. Die vertiefte Analyse zeigt, dass dieses Risiko pro wöchentliche zusätzliche Langschicht um 4 Prozent ansteigt. Es verdoppelt sich, wenn beruflicher Stress und ein Ungleichgewicht zwischen Anstrengung und Anerkennung dazukommen. Trotzdem sind die Busfahrerinnen und Busfahrer übers Ganze gesehen zufrieden, sowohl mit ihrer Lebensqualität als auch mit ihrer Gesundheit (je 65 Prozent).

Diese ersten wenigen Resultate aus der Studie geben bereits Hinweise darauf, mit welchen Massnahmen sich die Belastungen für Busfahrerinnen und Busfahrer reduzieren liessen. Und das ist erst der Anfang. Auch die noch nicht involvierten busfahrenden VPOD-Kolleginnen und -Kollegen sind aufgerufen, an der Studie teilzunehmen. Mehr Infos: *www.trapheac.ch/de/mitmachen*.

Long Covid erreicht die IV: Bisher knapp 3000 Fälle angemeldet

Die grosse Erschöpfung

Eine vom Bundesamt für Sozialversicherungen in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass sich bis Ende 2023 gegen 3000 Personen mit Long Covid bei der IV angemeldet haben – fast alle sind zu 100 Prozent arbeitsunfähig. Frauen machen davon fast zwei Drittel aus. | **Text:** *VPOD (Foto: ic36006/iStock)*



Aussergewöhnlich starke, zur vorhergehenden Anstrengung nicht massstäbliche Erschöpfung gehört zu den häufigsten Symptomen von Long Covid.

Zwar zirkuliert das Covid-19-Virus weiterhin, aber es sorgt derzeit kaum für schwere Erkrankungen – im Gegensatz zu Long Covid (manchmal auch als Post Covid bezeichnet). Eine vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) in Auftrag gegebene und vom Büro Bass realisierte Studie ermöglicht erste Schätzungen über den Umfang des Phänomens Long Covid und über die IV-Leistungen, die daraus resultieren. Die Studie schätzt aufgrund von Hochrechnungen, dass sich per Ende 2023 mindestens 2900 Personen mit Long-Covid-Symptomen bei der IV angemeldet hatten.

Übermässige Erschöpfung

Die grosse Mehrheit der identifizierten Long-Covid-Fälle sind IV-Neuanmeldungen aufgrund der Long-Covid-Erkrankung. Nur in rund 1 von 7 Fällen wurde Long Covid in einem bereits laufenden IV-Verfahren relevant. Die Anmeldung erfolgte typischerweise 4 bis 12 Monate nach der Covid-Infektion. Interessant ist, dass Frauen – mindestens gemäss bisherigen Erkenntnissen – häufiger als Männer an Long Covid erkranken: Sie machen bei den entsprechenden IV-Anmeldungen 64 Prozent aus. Das ist auch darum bemerkenswert, weil Männer während der Pandemie ein deutlich höheres Risiko hatten, schwer an einer Infektion mit dem Covid-19-Virus zu erkranken. Ein Drittel der Personen mit Long Covid bei der IV hatten oder haben keine weitere gesundheitliche Beeinträchtigung; in zwei Dritteln der Fälle traf Long Covid Menschen, die bereits chronisch krank waren.

Als häufigste Symptome der Erkrankung gelten krankhafte Erschöpfungszustände, also etwa ausserordentliche Müdigkeit, starker Energiemangel oder ein überhöhtes Ruhebedürfnis im gewöhnlichen Alltag – also im Missverhältnis zur vorhergehenden Aktivität. Fatigue und Belastungsintoleranz werden auch vorliegend von 85 Prozent der identifizierten Long-Covid-Betroffenen in der IV angegeben. 60 Prozent weisen neurokognitive Störungen wie etwa Konzentrations- oder Merkfähigkeitsstörungen auf. Long-Covid-Betroffene in der IV sind in 9 von 10 Fällen zum Zeitpunkt der Anmeldung zu 100 Prozent krankgeschrieben.

Im Zeitraum von 2 Jahren ab IV-Anmeldung zeigen sich bei rund 60 Prozent der Betroffenen erste Verbesserungen in der Arbeitsfähigkeit. Rund 40 Prozent der Long-Covid-Betroffenen – insbesondere ältere Personen ab 48 Jahren und Personen mit mehreren gesundheitlichen Beeinträchtigungen – sind aber auch nach 2 Jahren noch voll arbeitsunfähig. Generell zeigt sich, dass Verbesserungen entweder rasch oder aber kaum mehr eintreten. Rund jede 4. von Long Covid betroffene Person hat seit der Anmeldung bei der IV in einem Zeitraum von 1 bis 2 Jahren die Arbeitsstelle verloren.

Mehr in die lateinische Schweiz

Die Rentenzusprache-Praxis bei Long Covid vermag die Studie noch nicht sehr präzis zu erheben, weil aufgrund des Prinzips «Eingliederung vor Rente» bei einer Mehrzahl der Fälle (55 Prozent) noch kein Rentenbescheid vorlag. Die Aussage, dass 20 Prozent derjenigen, die sich 2021 wegen Long Covid zur Rente angemeldet hatten, Ende 2023 eine Rente bezogen, ist demnach a priori nicht sehr aussagekräftig – oder nur im Vergleich zur aus dem gleichen Zeitraum stammenden Referenzgruppe ohne Long Covid: Dort sind es 13 Prozent, die nach 2 Jahren eine Rente hatten. Ansonsten zeigen sich bei den Long-Covid-Fällen ähnliche Auffälligkeiten wie bei der Vergleichsgruppe: Männer erhalten häufiger eine Rente zugesprochen als Frauen, Ältere häufiger als Jüngere und Personen aus der lateinischen Schweiz häufiger als solche aus der Deutschschweiz.

Die Studienautorinnen und -autoren sprechen für Long Covid von einem «Bild mehrheitlich schwer kranker Menschen mit grossen Einschränkungen in Alltag und Beruf» und widersprechen damit einer populären Sichtweise, wonach unter der Diagnose vorab vorbestehende psychosoziale Problematiken mit einem neuen Label versehen worden seien. Vielmehr handelt es sich bei Long oder Post Covid um ein neues, sehr ernst zu nehmendes Krankheitsbild, dessen Ausmass allerdings noch schwer abschätzbar ist. Derzeit – und vorausgesetzt, ein Wiederaufflammen von aggressiven Virusvarianten bleibt aus – sei dieses eher klein, gemessen an den 251 000 laufenden Renten, so die Studie.

Uni Lausanne: Proteste gegen Keller-Sutters Sparhammer.

EFD im Bernerhof: Umverteilung nach oben.

Bund: Umverteilung von unten nach oben

Änderungen im Lohnsystem des Bundes, die unter dem harmlosen Namen «Optimierung» daherkommen, bringen für die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung Verschlechterungen: Hinter den Anpassungen versteckt sich eine Umverteilung von den unteren zu den oberen Lohnklassen. So liegt der künftige Ziellohn 10 Prozentpunkte unter dem heutigen Maximum. Für Mitarbeitende, die das Maximum noch nicht erreicht haben, bedeutet dies eine Abflachung der Lohnaussichten – ausser sie seien im höheren Kader beschäftigt: Dort gilt weiter der heutige Ziellohn. Für die Interessensgemeinschaft Bundespersonal (darin: der VPOD) ist diese Privilegierung der Sehrgutverdienenden inakzeptabel. Dass die Anpassungen ohne Verhandlung mit den Verbänden vom Personalamt verfügt wurden, ist ebenfalls ein Affront. «Mit seinem Entscheid erteilt der Bundesrat den Verbänden eine Absage – kein gutes Zeichen für die Sozialpartnerschaft», findet die Interessensgemeinschaft. | *slt (Foto: Sandstein/Wikimedia CC)*

Hochschulen gegen KKS-Sparhammer

Das Sparprogramm von Bundesrätin Karin Keller-Sutter (KKS) kommt an den Schweizer Hochschulen schlecht an. An der Universität Basel wie an anderen Orten wehren sich Studierende, Forschende und Lehrende gemeinsam gegen das «Entlastungspaket 2027». Aus ihrer Sicht sind die vorgesehenen Kürzungen eine massive Gefahr für Forschung und Bildung: 700 Projekte und 2000 Stellen an Hochschulen wären bedroht. Die an einer öffentlichen Versammlung verabschiedete Resolution hält fest, dass auch Programme zu Gleichstellung, Inklusion, Nachhaltigkeit und Wissenschaftszugang gefährdet wären, ebenso die wichtige Bestrebung, Stellen im Mittelbau zu entfristen. Die Verdoppelung der Studiengebühren für inländische, die Vervierfachung für ausländische Studierende würde soziale Ungleichheit und Diskriminierung weiter verschärfen. «Bildung und Forschung sind keine Luxusgüter, sondern das Rückgrat einer demokratischen Gesellschaft», so Arthur Buckenleib von der VPOD-Gruppe Mittelbau. Auch an der Uni Lausanne gab es eine vom VPOD mitorganisierte Kundgebung gegen die Sparpläne. | *vpod (Foto: Inti Cornut)*

Gute Volksentscheide in St. Gallen und Zürich

Eine extreme Vorlage zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten (Montag bis Samstag von 5 bis 22 Uhr) ist im Kanton St. Gallen mit 64,8 Prozent und einer Nein-Mehrheit in allen Bezirken versenkt worden. (Eine einzige Gemeinde – Rapperswil-Jona – stimmte mit 50,4 Prozent Ja knapp zu.) Das Resultat des Urnengangs reiht sich ein in eine lange Reihe von städtischen und kantonalen Volksentscheiden, die die längere Öffnung von Geschäften ablehnen. Heute und weiterhin gilt in St. Gallen 6 bis 19 Uhr als Öffnungszeit. – Im Kanton Zürich haben die Stimmberechtigten Nein gesagt zu einer neuerlichen Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen, und zwar mit 54,5 Prozent recht deutlich. 2020 war eine Senkung von 8 auf 7 Prozentpunkte noch locker durchgekommen; jetzt sollte ein weiterer Prozentpunkt folgen. Nochmals 350 Millionen Franken Steuergeschenke? Besonders in den Städten – am extremsten in Winterthur – stiess diese Politik auf Ablehnung. Das Finanzloch hätte zwangsläufig zu Abbau im Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich geführt. Oder zu höheren Steuern für Private. | *vpod*

Neue Präsidien und Co-Präsidien

Beim VPOD Aargau Solothurn gibt es ein neues Präsidium, genauer: eine Hälfte des Co-Präsidiums wurde ausgewechselt. Franziska Tschannen bleibt weiterhin im Vorstand, um sich dort wieder stärker mit fachlichen Themen zu beschäftigen; an ihre Stelle tritt Alexandra Rohn, die ebenfalls den Gesundheitsbereich repräsentiert. Das «andere Co», Claudia Mauchle, bleibt. – Generalversammlung war auch beim VPOD Luzern; dort ist Adila Choudry, Sekundarlehrerin in Emmenbrücke, jetzt offiziell (und allein) Vorsitzende (siehe auch Seite 27). | *vpod*

Interview mit Jacqueline Simon, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit der US-Gewerkschaft AFGE

«Sich nicht von der Angst leiten lassen»

Kein Stein scheint auf dem anderen zu bleiben unter Trump II. Das *VPOD-Magazin* fragte bei den US-Gewerkschaften nach, was die gegen den Staatsstreich von oben tun. Für Jacqueline Simon von der Gewerkschaft der Bundesangestellten (AFGE) sind Checks and Balances des Rechtsstaats in Gefahr. Erste Erfolge vor Gericht können gemeldet werden. | **Interview:** *Christoph Schlatter (Fotos: Daniel Horowitz)*

***VPOD-Magazin:* Es gab ja schon eine erste Amtszeit Trumps – von 2016 bis 2020. Aus heutiger Warte: ein milder Vorgeschmack dessen, was wir jetzt erleben. Oder?**

Jacqueline Simon: Vieles von dem, was Trump seit seinem zweiten Amtsantritt getan hat, ist eine Eskalation seiner damaligen Politik. Die vollständige Eliminierung des Rechts auf Tarifverhandlungen für eine Million Beschäftigte ist dagegen neu.

Ich kann mich erinnern, dass ich an jenem 6. Januar 2021 vor dem Fernseher sass und dem Sturm aufs Capitol zusah. Das Scheitern dieses Putschversuchs machte mich sicher: Trumps politische Karriere ist vorbei. Ich lag falsch…

Ich bin immer noch erstaunt, dass diese verurteilten Kriminellen alle begnadigt wurden.

Ein Problem scheint mir zu sein, dass Trump und seine Getreuen auf vielen Ebenen gleichzeitig aktiv sind. Beginnen wir mit den Entlassungswellen – oder zumindest den Versuchen dazu – bei der Bundesverwaltung. Wie habt ihr als Gewerkschaft reagiert und dagegen mobilisiert?

Unsere erste Antwort war, vor Gericht zu ziehen, um die Rechtmässigkeit der Ent-

lassung von Beschäftigten in der Probezeit anzufechten, die für viele Behördenstellen ein bis zwei Jahre dauert. Denn in diesen Fällen war es eindeutig, dass die Kündigungen nicht im Einklang mit dem Gesetz standen. Die grösste Welle von Entlassungen steht uns aber noch bevor; immerhin kennen wir inzwischen die Pläne, die von den Dienststellen ans Weisse Haus übermittelt wurden. Neben den juristischen Verfahren wirkt unsere Gewerkschaft mit Lobbying und mit zahlreichen Protesten aller Art. Wir sind zudem daran, «Doge» vor den «Gerichtshof der öffentlichen Meinung» zu ziehen, also mittels Medien- und sonstiger Öffentlichkeitsarbeit die Unrechtmässigkeit der Einrichtung klarzumachen.

«Doge» wäre auch mein nächstes Stichwort gewesen. Diese «Behörde» entbehrt jeder demokratischen Legitimation. Und sie greift in völlig irreführender Weise in die Arbeit der Verwaltung ein, indem sie beispielsweise die Beschäftigten auffordert, ihren eigenen Arbeitsplatz zu rechtfertigen. Oder indem sie anbietet, jenen, die sofort kündigen, noch Lohn bis September zu zahlen. Was kann eine Gewerkschaft da tun? Was ist eure Antwort?

Dieses Angebot eines aufgeschobenen Rücktritts durch «Doge» geschah auf eine Weise, die nicht legal war. Die Verwaltung hatte keine Befugnis, Zahlungen zu versprechen, die der Kongress nicht genehmigt hatte. Und auch die Gleichsetzung von Nicht-Antwort mit Kündigung war definitiv rechtswidrig. Seitdem wurden zahlreiche weitere Angebote für aufgeschobene Kündigungen gemacht – und viele Bundesbeamte haben das angenommen. Unsere Gewerkschaft hat ihre Mitglieder aufgefordert, sich nicht von der Angst leiten zu lassen und den Arbeitsplatz nicht allein aufgrund dieser «Doge»-Massnahmen aufzugeben.

Andere Abteilungen wurden einfach abgeschafft – ebenfalls ohne demokratische Legitimation. Auch, mit USAID, die gesamte Entwicklungszusammenarbeit. Ich kann mir vorstellen, dass es für eine Gewerkschaft schwierig ist, eine Antwort auf solch abrupte Vorgänge zu entwickeln.

Auch hier bestand unsere erste Reaktion darin, vor Gericht zu gehen und einen Richter zu ersuchen, rechtswidrige Massnahmen zu stoppen. Wie bei anderen widerrechtlichen Aktionen von «Doge» haben wir auch den Kongress aufgefordert, einzuschreiten, seine Befugnisse geltend zu machen und die Trump-Administration zu verpflichten, die Mittel so auszugeben, wie es vom Kongress beschlossen war.

Ich kann mir vorstellen, dass viele Kolleginnen und Kollegen in Sorge sind oder gar Angst um ihre Existenz haben. Zumindest aus der Distanz bekam man am Anfang den Eindruck eines Schocks oder einer Lähmung. Wie genau sind eure Mitglieder von den Aktionen von Trump (und Musk) direkt betroffen?

Russel Vought, Direktor des OMB [des Office of Management and Budget], sagte vor der Wahl, sein Ziel sei es, die Bundesangestellten zu «traumatisieren». Sie sollten Angst haben, zur Arbeit zu gehen. Wie perfid! Aber es ist ihm gelungen. Die Ungewissheit, die Willkür, die Unberechenbarkeit und Sprunghaftigkeit der Trump-Regierung haben alle schockiert. Ungefähr ein Drittel des Bundespersonals besteht aus Militärveteranen. Dass die Regierung des Landes, für das sie ihr Leben riskiert haben, sich plötzlich gegen sie wendet, trifft sie tief. Sie sind über diese Beleidigung wütend.

«Präsident Trump und seine milliardenschweren Unterstützer haben einen beispiellosen Angriff auf die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors gestartet, indem sie versuchen, über eine Million Bundesbedienstete ihrer Tarifverhandlungsrechte zu berauben und Gewerkschaftsverträge plattzumachen», las ich in einer IÖD-Mitteilung. Worum genau geht es hier? Wie verteidigt sich die AFGE?

Trump hat eine Durchführungsverordnung erlassen, mit der er den Beschäftigten der

grössten Behörden – dem Verteidigungsministerium, dem Kriegsveteranenministerium, Teilen des Heimatschutzministeriums, der Umweltschutzbehörde, des Landwirtschafts- und des Justizministeriums und anderen – das Recht auf gewerkschaftliche Vertretung entzog. Angeblich aus Gründen der nationalen Sicherheit. In dem Memo, das der Verordnung beigefügt war, gab er jedoch zu, dass die Massnahme nicht aus Gründen der nationalen Sicherheit angeordnet wurde, sondern als Vergeltung für die Klagen der Gewerkschaften. Wir hatten es gewagt, die Erlasse der Regierung anzufechten. Jetzt stehen wir vor Gericht und versuchen eine Implementierung dieser Verfügung zu verhindern – obwohl die Verwaltung die Anerkennung der Gewerkschaften in den fraglichen Bereichen der Verwaltung bereits vorläufig gestoppt hat.

Es gibt mehrere Anzeichen dafür, dass Trump die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit sehr bewusst missachtet. Ein Beispiel sind Andeutungen über eine dritte Amtszeit. Ein weiteres die Abschiebungsflüge nach El Salvador, die gegen einen Beschluss des Obersten Gerichts durchgesetzt wurden. Ähnlich besorgniserregend ist die Blockierung von Forschungsgeldern für nicht Trump-treue Universitäten. Und der Ton, den Trump gegenüber dem Fed-Vorsitzenden anschlägt. Offenbar ist die Angst weit verbreitet – selbst unter Anwaltskanzleien, die sich scheuen, gegen Trump Partei zu ergreifen…

Auch bei den Abschiebungen geht es um das Recht auf ein ordnungsgemässes Verfahren, das missachtet wird – genau gleich wie bei den Bundesangestellten, die ebenfalls übergangen werden. Trump hat eine neue Kategorie von Staatspersonal geschaffen, das kein Recht auf die garantierten Verfahren und die etablierten Regeln haben soll. Eine direkte Verletzung des geltenden Rechts. Auch dagegen klagen wir vor Gericht.

Ein anderes Thema: Trumps Zölle bedrohen die Pensionskassen zahlloser Berufstätiger, weil die Aktienmärkte zusammenbrechen oder mindestens sehr instabil geworden sind. Ökonomen zufolge wird sich die Politik auch negativ auf die US-Wirtschaft auswirken; es droht eine Stagflation. Aber ich habe gelesen, dass einige der Gewerkschaften – namentlich die United Auto Workers – diese Politik befürworten. Ich bin verwirrt.

Dazu kann ich keinen Kommentar abgeben.

Glaubst du noch an die immer so sehr gepriesenen «Checks and balances», die das Pendel in den USA nicht zu sehr in eine Richtung schwingen lassen? Oder befinden wir uns bereits in einem anderen Zeitalter?

«Checks and balances» funktionieren nur, wenn die Legislative und die Justiz ihre verfassungsmässigen Aufgaben wahrnehmen. Der Kongress hat sich bisher leider komplett geweigert, für sich selbst einzustehen. Bleibt abzuwarten, ob die Gerichte das Steuer herumreissen.

Das Interview wurde schriftlich geführt.

Gericht gibt der Gewerkschaft recht

Es ist ein wichtiger Sieg für AFGE und Verbündete: Ein Gericht hat mittels einstweiliger Verfügung Präsident Trumps verfassungswidrige Reorganisation der Bundesregierung blockiert, da die Pläne «auf mutmasslich illegalen Anordnungen beruhen». Richterin Susan Illston stimmte dem Argument zu, wonach die Regierung ihre Befugnisse überschritt, als sie ihre umfangreichen Personalkürzungen verfügte. Sie hätte dazu den Kongress konsultieren müssen, der diese Behörden geschaffen hat und der sie finanziert.

«Der Präsident hat die Befugnis, Änderungen in den Behörden der Exekutive vorzunehmen, aber er muss dies auf rechtmässige Weise tun», heisst es im provisorischen Urteil. Das bedeute: «in Zusammenarbeit mit der Legislative.» AFGE hatte als Hauptklägerin in dem Verfahren unter anderem angeführt, dass «unkontrollierte präsidiale Macht nicht das ist, was die Autoren der amerikanischen Verfassung im Sinn hatten».

Die Gewerkschaft AFGE zeigte sich erfreut über die Entscheidung, der einer völlig willkürlichen Umstrukturierung der Behörden einstweilen Einhalt gebietet. Der eigentliche «Fall» wird derzeit weiterverhandelt; lediglich die Umsetzung der rechtswidrigen «Executive Order 14210» liegt auf Eis.

Bei all diesen Verfahren geht es um einen Kerngegenstand demokratischer Verfassungen: die Gewaltenteilung. Diese ist in der Logik des US-amerikanischen Systems sogar stärker angelegt als etwa in Deutschland oder der Schweiz. In den Vereinigten Staaten haben der Präsident, aber auch das Parlament vergleichsweise grosse Unabhängigkeit und Machtbefugnis, unterliegen aber dafür der grundlegenden Veto- oder Impeachmentmacht des Gegenübers.

In der Schweiz und besonders in Deutschland sind die Gewalten engmaschiger verschränkt. Allen derartigen Systemen liegt aber der gleiche Gedanke zugrunde: Die Aneignung übermässiger Macht und damit deren Missbrauch sollen verhindert werden; zu starke Ausschläge des Pendels auf die Seite einzelner Interessengruppen oder Strömungen sollen sich nicht verfestigen, sondern korrigierbar sein. | *vpod*

Lee Saunders, Präsident der US-Gewerkschaft AFSCME, hält eine Web-Ansprache über die aktuellen Aufgaben der US-Gewerkschaften

«Sterne im Dunkeln»

Bei einem PSI-Web-Auftritt hat der Präsident der US-Gewerkschaft AFSCME, Lee Saunders, an die weltweite Solidarität appelliert. Was Trump in den USA veranstalte, könne auch anderswo geschehen. Gegenrezept: kontinuierliche Überzeugungs- und Aufbauarbeit, auch Organizing genannt. | **Text:** *Christoph Schlatter (Bildnachweis S.19)*

Lee Saunders
ist Präsident der US-Gewerkschaft AFSCME (American Federation of State, County and Municipal Employees), also des Verbandes der Angestellten der Bundesstaaten, der Verwaltungsbezirke und der Kommunen. Bei den 1,4 Millionen Mitgliedern handelt es sich um Pflegekräfte und Sozialarbeiter, um Reinigungspersonal und die Beschäftigten des Abfuhrwesens, um Rettungssanitäter und Angestellte im Strafvollzug, um Leute in den Energie- und Wasserwerken, also um den Kern des Service public. Saunders ist Sohn eines Buschauffeurs und einer Gemeindearbeiterin und stammt aus Cleveland (Ohio). Seit 1978 arbeitet er für AFSCME; 2012 wurde er auf dem Kongress in Los Angeles zum Präsidenten gewählt. Das Magazin *The Nation* nannte Saunders «einen einzigartig versierten und einflussreichen Politstrategen». | *slt*

In einem von der Internationale der öffentlichen Dienste (IÖD/PSI) veranstalteten Webinar sprach Lee Saunders über die aktuellen Herausforderungen für Gewerkschaften [1] und Gesellschaft in den USA. Einzig aktivistische, in ihrer Basis verankerte Gewerkschaften, die nach den Prinzipien des Community Organizing, also durch Zusammenschluss und Selbstermächtigung, funktionieren, seien überhaupt in der Lage, die aktuellen Herausforderungen zu schultern. Letztere seien aussergewöhnlich: «Wir befinden uns in einem der schwierigsten politischen Momente in der Geschichte unseres Landes», sagt Saunders. «Unsere Regierung wurde von Milliardären und Anti-Gewerkschafts-Aktivisten gekapert, die uns rücksichtslos und unerbittlich angreifen. Sie hebeln den Arbeitsplatzschutz aus. Sie berauben Bundesangestellte ihrer kollektiven Verhandlungsrechte. Sie installieren einen neuen Typus von politischen Speichelleckern, deren Loyalität Trump gilt – und Trump allein. Und gleichzeitig wollen sie, dass ihnen der Kongress Steuervergünstigungen gewährt, die durch Kürzungen beispielsweise im Gesundheitswesen und bei anderen Bundesmitteln im ganzen Land bezahlt werden sollen.»

Kurz: Die «reichsten Menschen auf Gottes grüner Erde» täten derzeit alles, um Arbeitsplätze zu vernichten, Bürgerinnenrechte zu unterdrücken, Freiheiten abzu-

Service-public-Gewerkschaften in den USA

Neben der AFSCME (American Federation of State, County and Municipal Employees, ca. 1,4 Millionen Mitglieder) gibt es in den USA weitere grosse Gewerkschaften im öffentlichen Sektor. Dazu gehören die AFGE (American Federation of Government Employees, ca. 820 000 Mitglieder; siehe vorherige Seiten), die vor allem auf Bundesebene, also in Washington D.C. tätig ist, und die American Federation of Teachers (ca. 1,8 Millionen Mitglieder), die nicht ausschliesslich Lehrkräfte aller Stufen, sondern auch Personal in den jeweiligen Verwaltungen umfasst. Mit 2 Millionen Mitgliedern in den USA und in Kanada ist SEIU (Service Employees International Union) sogar noch grösser; diese ursprüngliche Bauarbeitergewerkschaft umfasst heute ein breites Spektrum von öffentlichen und privaten Branchen und ist in gewisser Weise Ausdruck davon, dass die Gewerkschaften in den USA beträchtlich unter Druck stehen und an Mitgliedern nehmen, «was sie kriegen können».

schaffen und die Stimme der arbeitenden Bevölkerung zum Schweigen zu bringen. Es gebe keine demokratische Norm, die sie nicht brächen, wenn sie ihnen auf dem Weg zu noch mehr Macht im Weg ist. Die Gewerkschaften allerdings stünden parat: «Wir sind entschlossen, uns zu wehren – und zwar mit jedem Werkzeug, das uns zur Verfügung steht.» Eines davon ist der juristische Weg: Es gelte, den Präsidenten – auch wenn der sich als Diktator gebärde – daran zu erinnern, dass die USA ein Rechtsstaat sind. Mit den bei Gericht eingereichten Klagen habe man bereits vielerorts Sand ins Getriebe der Trump-Maschinerie gestreut.

Allerdings darf sich laut Saunders eine Gewerkschaft nie auf eine rein defensive Strategie beschränken. Auf Trumps Agenda stünden auch politische Entscheide, die auf allen Kanälen aktiv bekämpft werden müssten. Für zahlreiche öffentliche Dienstleistungen droht eine drastische Kürzung der Bundesmittel, besonders auch für Medicaid [2], die Gesundheitsversorgung von 70 Millionen nicht so begüterten Amerikanerinnen und Amerikanern. Saunders: «Die Kürzung von Medicaid wird verheerende Auswirkungen haben auf das Gesundheitssystem im ganzen Land. Wenn die Bundestaaten den Ausfall der Gelder kompensieren wollen, wird ihr Budget gesprengt werden – mit der Folge, dass alle öffentlichen Werte und Dienstleistungen zum Verkauf angeboten werden. Die Staaten selbst verfügen nicht über das nötige Geld, um die drastischen Einschnitte bei Medicaid aufzufangen.» Im Gegenzug sicherten sich Milliardäre wie Elon Musk weitere Steuervergünstigungen, kritisiert Saunders.

Zwangsurlaub, Einstellungsstopps und Entlassungen in nicht gekanntem Ausmass: Für Lee Saunders ist die aktuelle Bedrohung in dieser Form ohne Beispiel. Allerdings gab es in der Geschichte der Vereinigten Staaten schon früher schwierige und dunkle Phasen. Das bringe ihn, sagte Saunders, zu einem Wort von Martin Luther King. Dieser sagte 1968, kurz vor seinem Tod, zu den streikenden Arbeitern der Müllabfuhr von Memphis [3]: «Nur wenn es dunkel genug ist, kann man die Sterne sehen.» An dieser Gewissheit müsse man sich in der heutigen schwierigen und unsicheren Zeit orientieren. Und man müsse auf die Instrumente zurückgreifen, die auch in den früheren Kämpfen stärkend und hilfreich gewirkt hätten.

Medicaid

Medicaid (nicht zu verwechseln mit *Medicare)* ist ein Programm, das in den USA die Gesundheitsversorgung für vulnerable und armutsbetroffene Bevölkerungsteile sicherstellt. Die Ausgestaltung (und auch der Name) des Programms ist in den Bundesstaaten unterschiedlich; gemeinsam ist jedoch, dass es sich nicht um ein versicherungsbasiertes System, sondern um staatliche Transferleistungen in der Logik der Sozialhilfe handelt. Voraussetzung für die Teilnahme an Medicaid ist der Nachweis der Bedürftigkeit. Derzeit beziehen über 70 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner Leistungen von Medicaid; Tendenz steigend. Ein grosser Teil des Geldes – je nach Bundesstaat bis zu 80 Prozent – stammt aus dem zentralen Bundeshaushalt.

Bei *Medicare* handelt es sich im Gegensatz dazu um eine nach dem Versicherungsprinzip ausgestaltete Krankenkasse für Über-65-Jährige und Menschen mit Behinderung.

Gerade in Zeiten der Gefahr bleibe als Leitstern die kollektive Kraft. Durch Aktionen wie «Get Organized» und «AFSCME strong» habe man ein tragfähiges Netzwerk aufgebaut, das der «Stimme der Arbeit» Gehör verschaffe: «Wir werden die Demokratie verteidigen. Wir werden für Rechtsstaatlichkeit eintreten. Wir werden die öffentlichen Dienstleistungen schützen, auf die sich Amerikanerinnen und Amerikaner täglich verlassen. Und: Wir werden gewinnen. Egal, wie lange es dauert: Wir werden gewinnen.» Auf die Frage nach den Strategien, die früher oder später das Regime Trumps und der Seinen besiegen werde, nennt Lee Saunders den Organizing-Gedanken. Diesem Vorgehen – der Einbindung der Mitglieder und ihrer Befähigung zu Kämpfenden in eigener Sache – lebe die Gewerkschaft gestern, heute und morgen nach. Das bedeute zum einen die systematische Rekrutierung neuer Mitglieder. Aber nicht nur: «Ebenso sehr müssen wir sicherstellen, dass wir diese Mitglieder auch ausbilden und mobilisieren.»

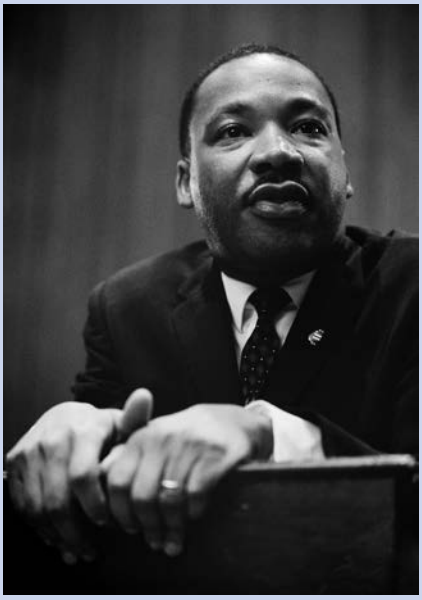
Lee Saunders wiederholt, dass es sich beim aktuellen ja nicht um den ersten Angriff auf die Gewerkschaften handelt: «Ein früherer, erfolgreicher Versuch, uns Macht wegzunehmen, war der Prozess, der im Janus-Urteil [4] des obersten Gerichtshofs gipfelte.» Zwar hält Saunders diese Entscheidung nach wie vor für verfehlt, weil sie Trittbrettfahrertum fördert. Trotzdem sieht er sie nicht als Katastrophe an, denn seine Gewerkschaft habe – in der Ahnung, dass es so kommen würde – die Weichen richtig gestellt: «Wir konzentrierten uns auf Kommunikation, auf Eins-zu-eins-Gespräche mit unseren Mitgliedern. Über eine Million Einzelgespräche haben wir im Rahmen des ‹AFSCME strong›-Programms über das ganze Land hinweg geführt. Natürlich kann man so etwas nicht aus der Zentrale einer nationalen Organisation heraus machen. Das können nur unsere Leute, unsere Aktivistinnen und Leader vor Ort tun.»

Um Alchemie oder eine hochkomplexe Geheimwissenschaft handle es sich dabei nicht. Sondern schlicht darum, die Menschen ins Gespräch zu ziehen, ihnen

Martin Luther King in Memphis

3

Seine letzte Rede hielt der Bürgerrechtler Martin Luther King (1929–1968) am 3. April 1968 zu den 1300 streikenden (vorwiegend afroamerikanischen) Mitarbeitern der Müllabfuhr von Memphis (Tennessee). Am Tag darauf wurde er, der ein Leben lang Gewaltfreiheit gepredigt hatte, ermordet. Die Rede von Memphis wurde zwar nicht ganz so berühmt wie jene, die Luther King am 28. August 1963 in Washington D.C. hielt («I have a dream»). Aber auch sie enthält sprichwörtlich gewordene Passagen. In der Ansprache von Memphis bekundete Luther King, das «gelobte Land» bereits gesehen zu haben, was später als Todesahnung gedeutet wurde. Er sagte aber auch den Satz «Nur wenn es dunkel genug ist, kann man die Sterne sehen»: zu verstehen wohl als Ausdruck der Überzeugung, dass Stärkendes – ob Trost oder die Bereitschaft zum Kampf – womöglich erst in Momenten grosser Not und Bedrückung sicht- und verfügbar wird.



vorurteilsfrei zuzuhören, ihre Anliegen zu verstehen und sie zu befähigen, diese selbst umzusetzen. «Das ist Organizing. Wenn die Leute selbst Teil eines Prozesses werden, dann sind sie in der Lage, Berge zu versetzen. Und wir können gewinnen – trotz des Janus-Urteils.» In derartigen Gesprächen komme alles auf den Tisch, was die im Service public tätigen Menschen in den USA bewegt: Löhne, Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und die Renten. Selbstverständlich seien sich da die Mitglieder nicht immer in jedem Punkt einig: «Wir sind ja keine Sekte, die nur einen einzigen Menschenschlag umfasst. Wir haben in unseren Reihen Gemässigte und Progressive, wir haben Demokraten, Ungebundene und Republikaner.» Das findet Lee Saunders nicht schlimm, sondern im Gegenteil «gesund und gut».

Das Verbindende besteht aus seiner Sicht darin, dass man gemeinsam aufsteht, wenn die aktuelle Regierung versucht, die Gewerkschaften kleinzumachen, sie vom Verhandlungstisch zu verbannen, ihnen das Leben schwer zu machen. «Und darauf kommen wir auch zu sprechen, wenn wir mit unseren Mitgliedern reden. Und sie stellen diese Verbindung her, egal, welchen Hintergrund sie haben oder welche politische Ausrichtung. Sie verbinden sich mit diesem Kampf. Und das ist es, was wir jeden Tag fördern müssen.» Obwohl inzwischen fast 50 Jahre Gewerkschaftsfunktionär, hat Lee Saunders nach eigenen Angaben noch nie ein derartiges Ausmass gewerkschaftlichen Engagements erlebt wie heute. Das liege daran, dass die Mitglieder sehr wohl die akute Bedrohung erkennen, die vom Trump-Regime ausgeht. «Da können sie nicht untätig bleiben. Da müssen sie Treffen organisieren, Leute zusammenbringen, Webseiten erstellen oder ‹ihre› Kongressabgeordneten anrufen und ihnen die Hölle heiss machen.»

Die Frage, ob öffentliche Gewerkschaften mehr als andere zum Stellungsbezug in politischen Fragen gezwungen seien, bejaht Lee Saunders. Aber er rät zu einem behutsamen Vorgehen, denn es ist ihm bewusst, dass in der Mitgliedschaft viele sind, die Politik per se für ein schmutziges Geschäft halten. Lee Saunders: «Sie sagen uns: ‹Macht euren Job als Gewerkschaft und versucht nicht, uns zu indoktrinieren.› Keine Angst: Wir haben nicht vor, irgend-

Janus-Urteil

4

2018 hat der Supreme Court mit einem Urteil die Finanzierung zahlreicher öffentlicher Gewerkschaften in den USA beschnitten. Im Fall Mark Janus – ein Staatsangestellter aus Illinois – gegen die Gewerkschaft AFSCME beendete das höchste Gericht die Praxis, dass Gewerkschaften auch von Nichtmitgliedern eine Gebühr («Agency Fee») für die Vertretung der Arbeitnehmenden gegenüber dem Arbeitgeber einziehen (analog den Solidaritätsbeiträgen bei Schweizer Gesamtarbeitsverträgen).

jemanden zu indoktrinieren. Stattdessen setzen wir auf Gemeinsamkeit. Alle unsere Mitglieder arbeiten im Service public, alle glauben daran, dass zugängliche öffentliche Dienste ein zentrales Element sind im Gefüge dieses Landes. Damit identifizieren sie sich. Und wenn wir darlegen, wer es ist, der das alles angreift und zerstören will, kommen sie in die Gänge. Ja, die Mitglieder wollen nicht ideologisch beeinflusst werden. Aber sie verstehen sehr wohl, wer auf ihrer Seite steht und wer nicht. Und sie werden entsprechend handeln.» Bereits jetzt hat AFSCME die Wahlen 2026, die sogenannten Midterms, im Blick. Man werde aufzeigen, welchen Schaden Trumps Leute, die sich wiederwählen lassen wollen, bereits angerichtet haben. Wenn man das verständlich darlege, würden die Mitglieder den Zusammenhang erkennen und entsprechend rational handeln. «Es geht nicht um die Frage ‹demokratisch› oder ‹republikanisch›, sondern ganz einfach darum, im ganzen Land jene Leute zu unterstützen, die uns und unsere Arbeit fördern.» Die Gewerkschaften müssten Macht und Stärke entwickeln. Aber das reiche nicht aus: «Wir müssen zugleich das politische Klima ändern. Auch durch Wahlen.»

Was die Trump-Administration vorhat, wird aus Sicht von Saunders im Chaos enden. Wenn ein Drittel der Gelder aus Washington [5] wegfällt, wird in den Bundesstaaten der Service public zusammenbrechen. «Sauberes Wasser? Sichere Strassen? Gute Gesundheitsversorgung? Schulen, in denen man etwas lernt? Das ist alles in Frage gestellt, wenn die Bundesgelder in den Staaten nicht mehr ankommen. Und wer kann das am besten verstehen und beschreiben? Unsere Mitglieder, die in all diesen Branchen tätig sind.» Auf die Frage, ob er zuversichtlich sei, die Mitgliedschaft und die Öffentlichkeit von dieser Sichtweise überzeugen zu können, antwortet Saunders mit einer Metapher: «Wir entwickeln die Wärme, wir drehen die Hitze auf. Das Feuer wird heiss und heisser. Wer weiterhin den Trump-Weg gehen will, wird verbrennen.» Es müsse allen klar sein, dass ein harter Kampf bevorsteht. Man werde dabei auch Niederlagen erleiden. Aber man werde weitermachen. Und man werde am Ende gewinnen.

Den Gewerkschaften in anderen Ländern empfiehlt Lee Saunders, gewappnet zu sein. «Früher oder später wird die Show auch zu euch kommen. Seid vorbereitet! Weitet eure Basis aus, schult und informiert eure Mitglieder! Werdet sichtbar!» Die Rezepte, die in den USA funktionierten, funktionierten auf der ganzen Welt. Es sei dringend nötig, sie anzuwenden: «Arbeiterinnen und Arbeiter müssen jetzt aufstehen. Sie dürfen nicht warten. Sonst sagen die Milliardäre und die anderen Service-public-Feinde: Was in den USA geklappt hat, wird wohl auch in Kanada klappen. Oder in Deutschland. Oder sonstwo.» Die Bedrohung wandert, weltweit. Aber auch die Gewerkschaftsbewegung ist weltweit aktiv: «Wir sind eine Familie, dessen müssen wir uns immer bewusst sein. Wir haben mehr Gemeinsames als Trennendes, und darauf müssen wir uns besinnen. Vielen Dank an alle, die uns helfen, die Gegenwehr leisten, lokal und global. Solidarität macht unsere Bewegung stark und schützt den öffentlichen Dienst. Wir haben weltweite Unterstützung in unserem Kampf um Würde, Respekt und Freiheit. Die Menschen im Service public sind überall auf der Welt das Rückgrat der Gesellschaft. Wir sind es, die Menschen schützen, in der Krise erst recht. Wir tun das professionell und integer und auf dem Boden von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.» Es sei ein harter Kampf, und kurzfristig werde sich die Lage womöglich nicht verbessern. Aber solche dunklen Momente habe es in der Geschichte immer wieder gegeben. «Und die Geschichte lehrt auch: Es gibt keine stärkere Kraft als die arbeitenden Menschen, wenn sie zusammenstehen.»

Finanzausgleich

Auch in den USA gibt es reiche und arme Bundesstaaten, so wie es in Deutschland und in der Schweiz unterschiedlich finanzstarke Bundesländer bzw. Kantone gibt. Hohe Armutsquoten weisen besonders Staaten im Süden auf, vergleichsweise potent sind die Staaten im Nordosten des Landes und Hawaii. Einen horizontalen Finanzausgleich wie in der Schweiz oder in Deutschland gibt es in den USA aber nicht; auch die Verfassung nennt kein Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse. Für einen gewissen Ausgleich sorgen vertikale Zahlungen des Bundes an die einzelnen Staaten, wobei man streng zweckgebundene Zahlungen («categorical grants») und Zuwendungen mit grösserem Ermessensspielraum («block grants») unterscheidet. Der Anteil der zentralstaatlichen Gelder am Budget der Bundesstaaten beträgt im Schnitt rund ein Drittel.

1 Die Gewerkschaft AFSCME – hier eine Kundgebung in Los Angeles – ist vor allem auf Ebene der Bundesstaaten, der Countys und der Kommunen tätig. 2 Skulptur «Hommage an Medicare und Medicaid» von John Ahearn and Rigoberto Torres in einem Gesundheitsverwaltungsgebäude in Maryland. (Foto: Carol M. Highsmith, Library of Congress/Wikimedia CC) 3 Martin Luther King im Jahr 1964. (Foto: Marion S. Trikosko, Library of Congress/Wikimedia CC) 4 Der Supreme Court in Washington D.C. entschied 2018 im Fall Mark Janus gegen AFSCME gegen die Gewerkschaften. (Foto: Joe Ravi/Wikimedia CC) 5 E pluribus unum? Aus vielen eines? Das Siegel der Vereinigten Staaten. (US-Regierung/Wikimedia CC)

Die Entwicklungszusammenarbeit ist weltweit unter Druck – mit Folgen auch bei Schweizer NGO

Trumps langer Arm

Trump hat die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Grounding von USAID praktisch auf null gesetzt. Die Schweizer Deza ist vom Parlament zu massivem Sparkurs gezwungen. Das alles hat Folgen für Schweizer NGO. Alliance Sud hat sie erhoben. | **Text:** *VPOD (Foto: Gilles_Paire/iStock)*

Brunnen in Koupela, Burkina Faso: Vom Trump-Sparen betroffen sind auch Projekte in der Wasser- und Sanitärversorgung.

Alliance Sud, das Schweizer Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, wollte genauer wissen, wie sich die aktuellen Kürzungen bei den Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit auswirken, und befragte darum jene Schweizer Organisationen, die Kernbeiträge von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit Deza erhalten. Und zwar sowohl zu den Folgen, welche durch die Einschnitte bei der Deza bewirkt werden, als auch zu den Auswirkungen der Trump-Politik. Bekanntlich hat der alt-neue US-Präsident als eine seiner ersten Amtshandlungen die gesamte Behörde (USAID) heruntergefahren: 1600 Stellen im Inland wurden gestrichen, die im Ausland tätigen Mitarbeitenden fast alle beurlaubt.

Afrika und Asien speziell betroffen

Die Fragen von Alliance Sud wurden von 24 NGO beantwortet. 7 von ihnen gaben an, dass USAID ihnen noch Geld für bereits implementierte Projekte schulde. Der Gesamtumfang beläuft sich auf knappe 15 Millionen US-Dollar; ein Teil davon wurde inzwischen beglichen. 5 Organisationen geben gemäss dem Alliance-Sud-Bericht an, dass sie infolge der Streichung von USAID bereits geplante Projekte nicht umsetzen können. Diese haben einen finanziellen Umfang von 25,5 Millionen US-Dollar. Betroffen sind Engagements in der humanitären Hilfe sowie in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Beschäftigung Jugendlicher, Migration, Flüchtlingshilfe sowie Wasser/sanitäre Versorgung. Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Bangladesch, Burkina Faso, Guatemala, Indien, Indonesien, Kambodscha, Kamerun, die Demokratische Republik Kongo, der Libanon, Malaysia, Moldau, Nepal, Nigeria, Rumänien, Somalia, der Südsudan, Thailand und Uganda sind die Länder, die von diesem Rückzug betroffen sind.

Insgesamt wurde aufgrund der USAID-Kürzungen 60 Personen in der Schweiz die Stelle gekündigt, zudem wurden mehrere geplante Stellen nicht ausgeschrieben. Im Ausland wurden mindestens 891 Personen entlassen. Verschiedene NGO geben zudem an, dass ihre Partnerorganisationen im Süden direkt von den USAID-Kürzungen betroffen sind und teilweise viele Stellen streichen mussten (eine Organisation in Haiti musste die Belegschaft beispielsweise halbieren). Die betroffenen NGO schätzen, dass infolge der USAID-Kürzungen gut 3 Millionen Menschen nicht mehr erreicht werden, die bisher direkt oder indirekt von Schweizer Projekten profitiert haben.

Rasenmäher- oder Punkt-Methode?

Aber auch die «hausgemachten» Kürzungen tun weh. Die 24 Organisationen, die bei der Alliance-Sud-Umfrage mitgemacht haben, beklagen ein Minus von gut 10 Millionen Franken infolge der Kürzungen bei der Deza. Während mehrere Organisationen alle Projekte und Programme nach der Rasenmäher-Methode kürzen und auslaufende nicht mehr erneuern, nehmen andere punktuelle Abstriche vor. Betroffen sind hier vor allem Projekte in Lateinamerika und ganze Programme wiederum hauptsächlich in Afrika und in Asien. 7,5 Stellen werden im Inland abgebaut, rund 86 im Ausland. Gemäss Schätzung werden aufgrund der Schweizer Kürzung weltweit rund 620 000 Personen nicht mehr erreicht.

Der drastische Rückgang der Entwicklungsfinanzierung werde wohl erst in den nächsten ein, zwei Jahren seine volle Wirkung zeigen, vermutet Alliance Sud. Vor allem das internationale Umfeld ist noch sehr volatil; dass das Ausmass enorm ist, lässt sich aber jetzt schon feststellen. Einzelne Organisationen sprechen von Einbussen von einem Viertel bis zur Hälfte der Mittel aufgrund des Sparens bei der Deza. Die Streichungen bei USAID haben zwar ebenfalls viele Schweizer NGO getroffen, einige wenige aber überproportional. Bei diesen geht es ebenfalls um Dimensionen von 25 Prozent, die wegbrechen.

Die ersten Leidtragenden der Kürzungen sind die Menschen und die lokalen Organisationen im globalen Süden. VPOD-NGO kämpft auch gegen Sparprogramme im Inland und um eine für die Mitarbeitenden erträgliche Abfederung unumgänglicher Massnahmen.

Serie *Führung und Zusammenarbeit aus Gewerkschaftssicht, Teil 2*

K wie Konflikt

Wo es kracht, bewegt sich etwas. Das gilt in der Gewerkschaftsarbeit ebenso wie in Organisationen. Konflikte sind unbequem, aber unvermeidlich. Wer sie ernst nimmt, kann aus ihnen lernen.

Text: *Fabio Höhener, VPOD-Zentralsekretär Bildung, Personal- und Organisationsentwicklung (Illustration: Grafissimo/iStock)*

Konflikte sind unangenehm und zeitintensiv. Sie gehen mit Unbehagen einher: Spannungen, Verwerfungen, Vertrauensverlust. Doch gerade darin liegt ihr Potenzial. Oder wie es der Führungsexperte Reinhard K. Sprenger nennt, ihre Magie: Sie bringen ans Licht, was zuvor untergründig gegärt hat. In einer Organisation wie dem VPOD, in der föderale Strukturen, sprachliche Vielfalt und politisches Engagement zusammentreffen, können Konflikte zu Krisen werden und das ganze System ins Wanken bringen. Wenn Menschen einander nicht mehr zuhören, wenn unterschiedliche Realitäten entstehen und wenn Medienberichte zur Eskalation beitragen, leidet die Zusammenarbeit.

Hinweis auf ein Problem

Organisationen, die Vielfalt leben, müssen auch Vielfalt aushalten. Konflikte gehören untrennbar dazu. Sie zeigen, dass Menschen Verantwortung übernehmen, dass unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen, dass es Reibung gibt, weil etwas auf dem Spiel steht. Wer Konflikte als Störung versteht, übersieht leicht ihre klärende Kraft. Nicht Harmonie, sondern Klarheit bildet die Grundlage für tragfähige Zusammenarbeit. Dabei ist es wichtig, nicht vorschnell nach Lösungen zu suchen. Viele Konflikte eskalieren, weil sie zu schnell «bereinigt» werden. Ein Perspektivwechsel kann helfen. Was zeigt sich hier? Welche Interessen stehen im Raum? Und wer kommt (noch) nicht zu Wort?

Von F bis Z mit Fabio Höhener

Krisensituationen machen sichtbar, wie entscheidend die Qualität von Führung ist. Nicht im Sinne eines autoritären Durchgreifens, sondern als Ermöglichung. Gute Führung bedeutet, Bedingungen zu schaffen, unter denen Unterschiedlichkeit ausgedrückt werden kann. Doch wer führt im VPOD? Die Mitglieder, die Gremien, der professionelle Apparat? Ein wenig alle, aber niemand ganz.

Unabhängig davon, wer im VPOD führt und wie viele Verantwortung übernehmen – entscheidend ist die innere Haltung. Gute Führung schafft Orientierung, ohne zu dominieren. Sie hält Spannungen aus, begleitet Prozesse und setzt auf Moderation statt auf Machtworte. Verständigung entsteht nicht von selbst. Sie braucht Zeit, eine klare Struktur und manchmal auch Schweigen.

Seit der Antike gilt: Wo es kracht, bewegt sich etwas.

Schliesslich braucht es psychologische Sicherheit für alle Beteiligten. Wo Menschen erleben, dass ihre Beiträge ernst genommen werden, kann Vertrauen wachsen. Durch Transparenz, Verlässlichkeit und offene Kommunikation.

Lernen durch Irritation

Krisen bringen Bewegung in Systeme – das wissen wir auch aus unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Sie zeigen, wo Routinen nicht mehr funktionieren, wo Kommunikation ins Leere läuft oder Entscheidungen nicht nachvollziehbar sind. Diese Irritationen sind wertvoll. Sie laden dazu ein, innezuhalten, vertraute Muster zu hinterfragen und neue Wege zu finden. Dabei helfen weder Heldinnengeschichten noch seitenlange Projektkonzepte. Was wirkt, sind Beteiligung, klare Rollen und das Prinzip «gut genug zum Ausprobieren». Agile Instrumente wie Konsent-Entscheidungen (siehe Folge 1) oder Retrospektiven können ein Einstieg sein. Sie machen Konflikte sichtbar und Entscheidungen nachvollziehbar. Dabei kommt es nicht auf die Methode an, sondern auf die Haltung.

Krisen sind unbequem, aber nicht sinnlos. Sie beleuchten, was ohnehin vorhanden ist: Machtverhältnisse, Missverständnisse, unausgesprochene Erwartungen. Wer sie ernst nimmt, ohne sich von ihnen überrollen zu lassen, kann Entwicklung ermöglichen. Krisen sind nicht nur Brüche. Sie sind auch Einladungen, anders miteinander zu arbeiten. Wer sie ernst nimmt, kann aus ihnen lernen: über Macht, Verantwortung und die Kunst, gemeinsam weiterzukommen.

Altkleider: Mode braucht Nachhaltigkeit.

Schweizer Modefonds gefordert

Immer kürzer werden die Zyklen in der Mode. Man nennt es Fast Fashion. Jährlich werden in der Schweiz pro Person durchschnittlich über 14 Kilo an Kleidung und Schuhe verbraucht, und 100 000 Tonnen kaum getragene Altkleider landen in der Verbrennung oder werden in ärmere Länder ausgeführt. Auch weltweit sind die sozialen und ökonomischen Folgekosten dieses Geschäftsmodells enorm. Public Eye fordert daher vom Bundesrat die Einrichtung eines Modefonds. In diesen müssten Firmen für jedes neue Kleidungsstück, das sie auf den Schweizer Markt bringen, eine Summe einzahlen. Je langlebiger und nachhaltiger das Teil, desto geringer die finanzielle Belastung für die Unternehmen. Damit würde ein Anreiz für hochwertigere, umweltfreundlicher und fairer produzierte Kleidung geschaffen. Die EU hat bereits vergleichbare Instrumente beschlossen; die Unterschriftensammlung für die Public-Eye-Petition läuft. | *pe/slt*

(Foto: Bernd Schwabe in Hannover/Wikimedia CC)

Gegen Belästigung von Dritten

Auf Englisch nennt man es Third Party Violence and Harassment (TPVH): Gewalt und Belästigung durch Dritte am Arbeitsplatz. Also nicht durch Kolleginnen oder Vorgesetzte, sondern etwa durch Kundinnen oder Klienten, durch Bewohnerinnen oder Fahrgäste. Die Sozialpartner in der EU haben dazu jetzt – nach einem halben Jahr Verhandlungen – ihre branchenübergreifenden Leitlinien aktualisiert. Ziel: sichere, integrative und respektvolle Arbeitsplätze. Die konkrete Umsetzung basiert auf praktischen Instrumenten zur Erhebung von Risiken, auf Definitionen und Grundsätzen zu Respekt und Nulltoleranz und Massnahmen zugunsten von Opfern solcher Gewalt. Den Abschluss kommentiert EGÖD-Generalsekretär Jan Willem Goudriaan: «Die Arbeitnehmenden sollten ohne Angst zur Arbeit gehen können. Gewalt, auch geschlechtsspezifische Gewalt, darf niemals als normal oder als Teil der Arbeit angesehen werden.» | *egöd/slt*

Wirtschaftslektion Nicht bei der Forschung sparen

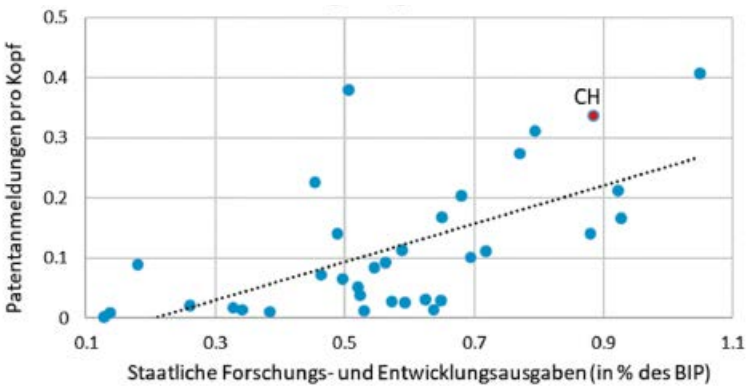
1928 kehrte der Arzt Alexander Fleming aus dem Urlaub an seine Arbeitsstätte am Londoner St Mary's Hospital zurück. Dort entdeckte er Schimmelpilze auf einer stehen gelassenen Petrischale mit Bakterienkulturen. Diese Schimmelpilze schienen eine chemische Substanz zu produzieren, die Bakterien abtötet. Fleming nannte die Substanz Penicillin. Danach dauerte es aber noch gut 15 Jahre bis zur Entwicklung des weltweit ersten serienmässig hergestellten Antibiotikums, das seither Millionen Menschenleben gerettet hat.

Warum so lange? Fleming publizierte einige wissenschaftliche Artikel, aber das Interesse an seiner Erfindung war zunächst gering. Erst Ende der 1930er Jahre nahmen Wissenschaftler an der Universität Oxford das «Penicillin-Projekt» auf und konnten nach einigen Jahren erstmals reines Penicillin zu medizinischen Zwecken extrahieren. Das Verfahren war jedoch wenig effizient. Deshalb versuchten die Forschenden, Pharmafirmen zur Zusammenarbeit zu gewinnen, doch die winkten ab. Ganz im Gegensatz zum US-Landwirtschaftsministerium in Illinois. Im dortigen Forschungslabor wurde das Projekt fortgeführt, und ab 1943 startete die Massenproduktion von Penicillin, zunächst zur Behandlung von US-Soldaten, ab 1946 dann zur Behandlung von Menschen auf der ganzen Welt.

Diese Geschichte ist nicht nur aus medizinischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Perspektive interessant. Denn sie zeigt exemplarisch, wie wichtig staatlich finanzierte Forschung für die Innovation ist. Es waren keine privaten Pharmafirmen, sondern Forschende an der Oxford-Universität und später am US-Landwirtschaftsministerium, welche sowohl die Grundlagenforschung als auch die Entwicklung eines effizienten Produktionsprozesses des lebensrettenden Medikamentes vorantrieben. Auch heute gilt: Staatliche Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sind für die Innovationsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. So zeigt die Grafik für das Jahr 2021 für OECD-Länder einen positiven Zusammenhang zwischen staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in Prozent des BIP) und Patentanmeldungen pro Kopf der Bevölkerung.

Auch die Schweiz verdankt ihren Spitzenplatz bei der Innovation nicht zuletzt den staatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung. Umso unverständlicher, dass der Bundesrat und einige Kantone jetzt dort sparen wollen. | *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

Staatliche Forschungsausgaben und Innovation



Quelle: OECD; Daten für 2021

Deutsche Kommunen in Not

Den Gemeinden in Deutschland fehlt Geld. Im vergangenen Jahr verzeichneten sie kumuliert ein Defizit von 24 Milliarden Euro. Die Gewerkschaft Verdi und der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) schlagen jetzt Alarm: In einer gemeinsamen Erklärung fordern sie die Bundesregierung auf, für eine verlässliche und ausreichende Finanzierung dieser Staatsebene zu sorgen. Anhand von Offenbach am Main – 130 000 Köpfe zählende Grossstadt in Hessen – zeigt Verdi, was die Finanzkrise vor Ort anrichtet: Das Hallenbad – längst geschlossen, die Strassen – nur notdürftig geflickt, die Stadthalle – Loch im Dach, der Nahverkehr – zunehmend ausgedünnt. Auch der Einsturz der Dresdner Carolabrücke war eine Mahnung. «Ein demokratisches Gemeinwesen braucht starke Kommunen und einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst», sagt die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Christine Behle. Verdi will wie der Städtebund einen höheren Anteil der Kommunen an den Steuern, einen schnellen Zugang zu Geldern aus dem 500-Milliarden-Sonderfonds, eine verbindliche Altschuldenregelung, einen Verzicht auf Steuererleichterung zulasten der Kommunen sowie die Umsetzung einer Fachkräfte-Offensive. | *slt*

(Foto: Scalaran/Wikimedia CC)

Carolabrücke: Städte brauchen Geld.

Charité Berlin: Streik ausgesetzt

«Wir sind die Charité CFM Facility Management GmbH, Tochter der Charité – Universitätsmedizin Berlin, und verantworten alle nichtmedizinischen sowie nichtpflegerischen Dienstleistungen»: Die Auslagerung dieser Services aus dem grössten Berliner Krankenhaus in eine eigene Gesellschaft erweist sich jetzt als Hypothek, denn die Beschäftigten sind nicht mehr bereit, zum Dumping-Tarif zu arbeiten, und streiken seit Wochen. Die Gewerkschaft Verdi will für 3200 Mitarbeitende eine Wiedereingliederung in den öffentlichen Tarifvertrag. Das koste 40 Millionen Euro und führe zum Konkurs der Charité, sagt die Spitalleitung. Nach kurzem Unterbruch für Verhandlungen wird aktuell weitergestreikt. | *slt*

Wer war's? Justizskandal in Frankreich

Sommer 1914. Ein Mann sitzt in Paris in einem Café und wird durchs Fenster hindurch erschossen. Der Täter: ein 28-jähriger religiös radikalisierter Nationalist, der das damals deutsche Elsass-Lothringen zurück bei Frankreich haben will. Das Opfer: ein 54 Jahre alter pazifistisch-sozialistischer Publizist und Politiker. Der Prozess findet mit einer Verspätung von mehr als vier Jahren statt und endet – mit einem Freispruch für den Attentäter!

Die Justizgeschichte Frankreichs ist auch abgesehen von diesem Beispiel an Skandalen reich. Damit meinen wir nicht die jüngst erfolgte Einstufung einer notorischen Veruntreuerin öffentlicher Gelder als notorische Veruntreuerin öffentlicher Gelder. Sondern zum Beispiel den Fall Omar Raddad: Der aus Marokko stammende Gärtner wurde 1994 wegen Mordes an einer reichen Witwe verurteilt, obwohl es überaus deutliche Hinweise auf seine Unschuld gab und nur dürftige für seine Schuld. So war mit dem Blut der Ermordeten «Omar m'a tuer» an die Wand geschrieben. Für eine Dame ihrer Schicht und Bildung wäre ein so krasser Grammatikfehler höchst aussergewöhnlich, selbst im Todeskampf; wahrscheinlicher, dass jemand – der wahre Täter – den Verdacht umlenken wollte.

Der Fall spielte sich in der Nähe von Nizza ab. In einer anderen Ecke Frankreichs, bei Calais, gab es wenig später ein Gerichtsverfahren, dessen Ausgang inzwischen offiziell als Irrtum gilt. Ein «Richter Gnadenlos» hatte in einem Prozess wegen Kindesmissbrauchs 17 Personen zu langen Haftstrafen verdonnert, 4 von ihnen zu Recht, die anderen 13, wie sich herausstellte, fälschlich. Schlampige Ermittlung, eingeschüchterte Zeugen, unhinterfragte Lügengebilde legten die Basis. – Für die Mutter aller französischen Justizskandale springen wir von der Fünften in die Dritte Republik. In die 1890er Jahre fällt die Affäre Dreyfus: die antisemitisch grundierte Verurteilung eines rechtschaffenen Offiziers wegen Landesverrats, den ein anderer begangen hatte. 1894 erging das Urteil, 1906 wurde es endlich aufgehoben.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs dann der eingangs geschilderte Mord. Er ist darum besonders tragisch, weil der Getötete zu den letzten Warnern vor einem Krieg gehörte. Beim Prozess nach Kriegsende blieb nicht nur der Täter straffrei; es wurden auch die Prozesskosten der Witwe des Opfers auferlegt. – Wer war der französische Sozialist, nach dem im 10. Arrondissement von Paris eine Strasse und eine Metrostation heissen und auf den Brel ein Chanson gemacht hat? Die Chance auf einen Wettbewerbspreis (Büchergutschein zu 20, 50 oder 100 Franken) wahrt, wer Vor- und Nachnamen korrekt übermittelt, entweder an *VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich* oder an *redaktion@vpod-ssp.ch*. Bis 9. Juli ist dafür Zeit. | *slt*

Es ist Thomas Hürlimann

«Eine ebenso kleinkrämerische wie wichtigtuerische Abrechnung»: Die Kritik der *NZZ* an Katja Oskamps Roman «Die vorletzte Frau» ist vernichtend. Der Deutschlandfunk dagegen sieht in dem Buch, das die Liebesgeschichte der Autorin mit dem Schweizer Schriftsteller Thomas Hürlimann erzählt, eine «tiefgründige Reflexion über die Liebe und das Dasein als Paar». Thomas Hürlimann, als Sohn des späteren Bundesrats Hans Hürlimann (CVP) 1950 geboren, ist allen von seiner Ex geschilderten Krankheiten zum Trotz quicklebendig. Die Wettbewerbspreise gehen an Inge Kristensen (Zürich), Barbara Singeisen (Uettligen) und Martin Jäger (Chur). | *slt*

VPOD-Landesvorstand vom 16. Mai 2025

Der VPOD-Landesvorstand hat

- mit Bedauern vom Rücktritt von Xenia Wassihun, Zentralsekretärin Sozialbereich und Gleichstellung, Kenntnis genommen und das Vorgehen für die Neubesetzung der Stelle geregelt. Gehört wurde ausserdem ein Update aus der Taskforce.
- die Jahresrechnung 2024 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen zuhanden der Delegiertenversammlung des Verbandes genehmigt. Das betriebliche Defizit war mit 766 000 Franken deutlich höher als im Vorjahr und als im Budget. Die Gründe liegen im Finanzierungsfonds – u. a. beim EFAS-Referendum, bei subventionierten Stellen in den Regionen und beim Kurswesen. Ein aussergewöhnlich starker Finanzertrag fängt dieses Minus auf, so dass eine rote Null (–10 000 Franken) erreicht wird.
- vom Finanzplan für die Jahre 2026/27 – ebenfalls zuhanden DV – Kenntnis genommen, gleichfalls vom Bericht über die Kollektiv-Krankenversicherung.
- als Stiftungsrat die Jahresrechnungen 2024 der VPOD-Stiftungen Ferienwerk, Sterbekasse und Interpretenhilfsfonds genehmigt.
- der Region Tessin einen Betrag von 14 495 Franken an die Kampagne für die kantonale Volksinitiative «Per cure sociosanitarie e prestazioni socioeducative di qualità» zugesagt und für einen möglichen Streik von Lehrpersonen der Primarklassen 1 und 2 in der Region Waadt vorsorglich die Streikkasse deblockiert.
- eine Gesamtschau der Lohnverhandlungen 2024 vorgenommen und diskutiert.
- die Traktanden für die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 21. Juni 2025 festgelegt. Vorgesehen sind neben den Finanzgeschäften u. a. die (zuletzt verschobene) Wahl eines neuen Landesvorstandsmitglieds und die Wahl eines neuen GRPK-Mitglieds, eine Rückmeldung vom Runden Tisch, eine Orientierung über die Nachfolgeplanung für das Generalsekretariat und die Verabschiedung einer Solidaritätsnote zuhanden der öffentlichen US-Gewerkschaften im Kampf gegen Trump.
- vom Eingang eines Antrags der Region Luftverkehr Kenntnis genommen, die mit Hinweis auf Art. 4bis der Statuten («Kollektivmitglieder») eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Region und Verband anstrebt. Eine Kommission (Philippe Martin, stv. Generalsekretär, sowie die Zentralsekretäre Micha Amstad und Christoph Schlatter) wird mandatiert, mit der Region einen Vorschlag zur weiteren Zusammenarbeit zu entwickeln, der im Interesse des Verbandes ist und mit den Statuten im Einklang steht.
- den Bericht über die Verbandskonferenzen Wartung & Reinigung sowie Bau Land Forst (gemeinsam am 6. September 2024 in Schaffhausen) zur Kenntnis genommen und die dort gewählten Verbandskommissionen ratifiziert.

Christian Dandrès, Präsident
Philippe Martin, stv. Generalsekretär

Runder Tisch VPOD

Der Runde Tisch fand am 17. Mai 2025 in Bern statt. Es nahmen 14 Vertreter:innen aus der Deutschschweiz und der Romandie teil, 1 Vertreter der Region Tessin, Christian Dandrès und Vanessa Kaeser König als Vertretung des Präsidiums und des Landesvorstands sowie 4 Vertreter der Zentralsekretariate in Zürich und in Lausanne. Moderiert wurde der Runde Tisch durch Giorgio Tuti, den ehemaligen Präsidenten der Gewerkschaft SEV. Die fünfstündige Diskussion wurde simultan auf Deutsch und Französisch übersetzt.

Die Runde begann mit einem kurzen Abriss der Ereignisse und Konflikte, die zur Einberufung des Runden Tisches geführt hatten. In diesem Rahmen wiesen die Anwesenden auf die Wichtigkeit der verbandsinternen Demokratie und Zusammenarbeit sowie auf die weitreichende Autonomie der Regionen und Sektionen hin. Danach wurden Analysen und Anliegen zu folgenden Themen diskutiert:

- (gewerkschafts-)politische und kulturelle Differenzen
- Zusammenarbeit im VPOD und Umgang miteinander
- strukturelle und organisatorische Probleme unserer Gewerkschaft

Die Diskussion wurde teilweise emotional, immer aber respektvoll und unter Beteiligung aller geführt. Auch in den kurzen Kaffeepausen tauschten sich die Anwesenden über Sprach- und andere Grenzen hinweg rege aus.

Am Runden Tisch kamen zahlreiche wichtige Themen aus allen Landesteilen zur Sprache. Diese Diskussion soll an der Delegiertenversammlung vom 21. Juni in Zürich weitergeführt werden. Als Grundlage für die Debatte wird der Landesvorstand im Vorfeld eine Liste der zentralen Themen an die Delegierten verschicken. Ausserdem werden Teilnehmende des Runden Tisches über ihre Eindrücke berichten.

Der Landesvorstand wird am 1. Juli die gesammelten Inputs diskutieren und daraus weitere Massnahmen entwickeln. Diese werden in einem nächsten Schritt mit den Präsident:innen der Regionen sowie mit den Zentral- und Regionalsekretariaten diskutiert. Ziel ist, möglichst rasch Verbesserungen unserer Zusammenarbeit zu erreichen und gleichzeitig längerfristige Veränderungen anzustreben.

Leserbrief

Den Zusammenhalt festigen

«Clash der Perspektiven», *VPOD-Magazin* Mai 2025

Als langjähriges VPOD-Mitglied verfolge ich die Diskussionen rund um die aktuelle Situation im VPOD aufmerksam. Der Artikel hat mir einen guten Überblick verschafft, wofür ich danke. Meine Erfahrung aus über einem halben Jahrhundert Gewerkschaftsarbeit lehrt mich, dass unsere Stärke in der Einheit liegt – über Generationen und Sprachregionen hinweg. Erfolge wie die gemeinsam erkämpfte 13. AHV-Rente sind ein deutliches Zeichen dafür. Wir, die pensionierten Gewerkschafts-Aktivistinnen und -Aktivisten in Zürich, haben unsere Solidarität aktiv gelebt: Über 1000 Unterschriften hat unsere GBKZ-RentnerInnen-Kommission fürs EFAS-Referendum gesammelt. Auch wenn der Einsatz erfolglos blieb, zeigt er den gemeinsamen Willen. Denn nur gemeinsam und solidarisch sind wir stark.

Ich wünsche mir, dass die anstehenden Gespräche im VPOD dazu beitragen, den Zusammenhalt wieder zu festigen und uns für die kommenden Herausforderungen zu stärken.

Köbi Hauri, VPOD-Mitglied, Zürich

Bei der Neukalkulation seiner Invalidität resultierte eine IV-Rente für den Kollegen V.

Prozentrechnen für Fortgeschrittene

In ihrer ersten Berechnung verneinte die IV-Stelle den Anspruch auf eine Rente. Doch dank der Unterstützung des VPOD wurde die ganze Lebenssituation von Kollege V. in den Blick genommen. Daraus ergab sich eine höhere Erwerbseinbusse – und eine Rente! | **Text:** *Sabine Braunschweig* *(Foto: SchulteProductions/iStock)*

Es ist kompliziert mit der IV-Berechnung. Kollege V., der seit vielen Jahren als Lehrer arbeitete, reduzierte sein Pensum, als er krank wurde. Bei der IV stellte er ein Gesuch für eine Teilrente. In ihrem Vorbescheid informierte die Versicherung, dass sie V.s Leistungsbegehren abweisen wolle. Und zwar mit folgender Begründung: Bei einer Arbeitsfähigkeit von 45 Prozent, bezogen auf ein 100-Prozent-Pensum, entstehe eine Erwerbseinbusse von 55 Prozent. Da V. aber seit Jahren nur Teilzeit, nämlich 70 Prozent, arbeite, müssten diese 55 Prozent auf das 70-Prozent-Pensum bezogen werden. Die Erwerbseinbusse betrage folglich bloss 39 Prozent. Für eine IV-Rente braucht es 40 Prozent.

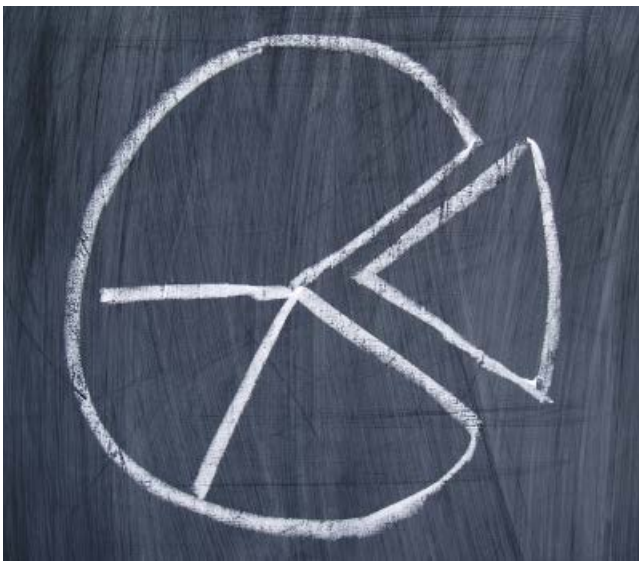
Gesamtbetrachtung notwendig

Die VPOD-Vertrauensanwältin erhob fristgerecht Einsprache gegen diesen Vorbescheid der IV, bei dem ein einziger Prozentpunkt fehlte. Ihre Rechnung war anders und ging so: Je nachdem, ob jemand Vollzeit, Teilzeit oder gar nicht erwerbstätig ist, muss eine andere Methode der Invaliditätsbemessung angewendet werden. Das sei abhängig von dem, was die Person täte, wenn keine gesundheitliche Beeinträchtigung bestünde. Bei V. sei unbestritten, dass er zum Zeitpunkt der Prüfung des Rentenanspruchs auch ohne Krankheit nicht ganztägig erwerbstätig gewesen war. Als Gesunder würde er neben seiner Arbeit als Lehrer weiterhin im Rahmen von 30 Prozent den Haushalt bestreiten. Seine berufstätige Partnerin und er übernahmen gemeinsam Verantwortung für ein Kind und den Haushalt. Aufgrund seiner Erkrankung war er dabei aber stark eingeschränkt.

So viel wie zuvor vermochte er nicht mehr zu schultern. In den medizinischen Akten zeigte sich zudem, dass er in grösserem Umfang erwerbstätig war, als es die Ärzte als zumutbar erachteten. Diese Überbeanspruchung gehe auch zulasten seiner bisherigen Betätigung im Haushalt. V.s Erkrankung wirke sich somit auch in der Haushalts- und Familienarbeit konkret aus, ergänzte die Anwältin. Die Hälfte der Arbeit in Haushalt und Garten könne er nicht mehr leisten. Für die Berechnung des Invaliditätsgrads sei somit auch die Einschränkung im Aufgabengebiet Haushalt zu berücksichtigen. Es sei dort von einem Invaliditätsgrad von 50 Prozent auszugehen, meinte sie.

Die Gesamtinvalidität ergebe sich dann aus der Addition der beiden gewichteten Teilinvaliditäten. Wenn die Einschränkung im Haushalt mitberechnet werde, liege der Invaliditätsgrad über 40 Prozent. Deshalb habe V. Anspruch auf eine Rente der IV, schloss die Vertrauensanwältin. Nachdem die IV-Stelle dieses Schreiben erhalten hatte, klärte sie die Situation im Haushalt mit V. ab. Es wurde ersichtlich, dass er neben dem Unterrichtspensum von 70 Prozent auch mit 30 Prozent an den Haushaltstätigkeiten beteiligt war. Im Erwerbsberuf betrug die Einschränkung 55 Prozent, was einen Teilinvaliditätsgrad von 38 Prozent ergab. Im Haushalt kommt man mit 45 Prozent Einschränkung auf weitere 14 Prozent Teilinvalidität. In der Summe sind das 52 Prozent.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.



Prozentrechnen, höheres Niveau: Kollege V. bekam doch noch eine IV-Rente zugesprochen.

Wiedereingliederung möglich

Damit hatte V. Anspruch auf eine halbe Rente, die er frühestens ein Jahr nach der Erkrankung erhalten würde. Diese Frist war bereits verstrichen. Somit verfügte die IV-Stelle, dass ihm rückwirkend die halbe IV-Rente zustehe. In ihrer ausführlichen Verfügung hielt sie fest: «Die medizinische, persönliche und erwerbliche Situation wird laufend überprüft. Nach der Rentenzusprache können jederzeit Massnahmen der Wiedereingliederung mit dem Ziel der Verbesserung der Erwerbsfähigkeit durchgeführt werden, soweit diese angezeigt sind.» Für V. war entscheidend, dass er finanziell entlastet war.

Cyber-Scamming in Südostasien: Keine Anerkennung für die Opfer in den «Betrugsfabriken»

Schuldsklaverei 2025

Eine neue Form von Sklaverei hat in den letzten Jahren vor allem in Südostasien stark zugenommen: Beim Cyber-Scamming werden Menschen ihrer Freiheit beraubt und zu kriminellen Internetaktivitäten gezwungen.

| **Text:** *Katja Schurter, Bild: Laura Gil, UNODC*

Wer die Vorgabe nicht erfüllt, wird häufig gefoltert: Geräumte Scamfabrik auf den Philippinen.

«Die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität entwickelt sich schneller als je zuvor», sagt Rebecca Miller vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC). Seit gut zwei Jahren beschäftigt sie sich mit Online-Scamming. Die Betroffenen werden mit falschen Versprechungen rekrutiert und dann in Firmenarealen eingesperrt, wo sie zum Beispiel mittels gefälschter Identitäten Passwörter, Bankdaten oder Kreditkarteninformationen beschaffen müssen. «Mit dieser Form des Menschenhandels werden Milliardenprofite gemacht», sagt Miller. So haben Recherchen von UNODC ergeben, dass die Scam-Branche in einzelnen Ländern der Mekong-Region zwischen 7,5 und 12,5 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet, was der Hälfte des BIP des jeweiligen Landes entspricht.

Eingesperrt und bewacht

Ein Hotspot ist Kambodscha. Dort wurden nach Schätzung der Uno allein 2023 mehr als 100 000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Scamming-Fabriken festgehalten. Die Rekrutierung läuft online: «Es werden Jobangebote auf Facebook oder Instagram geschaltet, die aussehen, als ob sie von Online-Händlern oder von Versicherungen stammten», erzählt Brandy York, die als unabhängige Beraterin für die Solidar-Partnerorganisation Central in Kambodscha arbeitet. «Die Leute bewerben sich; alles – Reise, Visum, Unterkunft etc. – wird für sie arrangiert, und sie werden direkt aufs Areal gebracht.» Manche ahnen wohl, dass es sich um einen Graubereich handeln könnte. Aber es ist ihnen nicht klar, dass sie ihre Bewegungsfreiheit verlieren: «Sie erfahren erst bei der Ankunft, was sie tun müssen», fährt York fort. «Ihnen wird der Pass abgenommen, sie werden eingesperrt und bewacht. Wenn sie sich weigern oder die Vorgaben nicht erfüllen, werden sie geschlagen.»

Die Betroffenen können sich auch deswegen nicht entziehen, weil sie sich für die Reise meist verschuldet haben. Viele haben eine höhere Ausbildung und sehen das Angebot als gute Gelegenheit an; im eigenen Land haben sie keine Möglichkeit. Die Mehrheit sind junge Männer. Viele kommen aus Indonesien, Myanmar, Thailand, Indien oder China, andere aus Kenia und Äthiopien. «Gemeinsam ist allen, dass sie Geld brauchen.» Das Fehlen einer Aufenthalts- oder Arbeitsbewilligung erschwert es ihnen zusätzlich, sich zu wehren. Manchmal können sich die Opfer freikaufen. «Aber das heisst neue Schulden und mehr Profit für die kriminellen Gruppen», sagt Rebecca Miller.

«Wenn Angehörige NGO kontaktieren, benachrichtigen diese die Polizei, damit sie die Opfer aus dem Fabrikgelände befreit. Doch die Polizei holt nur die Person auf der Liste raus, weder wird die Fabrik geschlossen noch werden die Betreibenden angezeigt», erklärt Brandy York. Häufig kommen die Befreiten anschliessend wegen Verstosses gegen die Migrationsgesetze ins Gefängnis. Kaum je werden sie als Opfer anerkannt; Unterstützung erhalten sie nur von NGO, die ihnen rechtliche und psychologische Beratung, kurzfristige Unterkunft sowie Hilfe bei der Heimkehr anbieten.

«Blut an den Wänden»

Zur Prävention braucht es Sensibilisierung. Aber in vielen Ländern verhindert Korruption ein entschlossenes Vorgehen. Deshalb hat UNODC in sieben Ländern Südostasiens ein Netzwerk etabliert, das die Bekämpfung transnationaler Kriminalität koordinieren soll. Rebecca Miller sieht auch die Zielländer der Cyberkriminalität (Europa, USA) in der Pflicht. «Ich habe in meinem 25-jährigen Berufsleben noch nie solche Brutalität gesehen», sagt die Expertin. «Betrug ist nichts Neues, aber der Menschenhandel, die Anzahl Betroffener, die Folter, das Blut an den Wänden – das hier ist absolut schockierend.»

Unter Scam oder Scamming versteht man jede Art von Internet-Betrug. Meist geht es darum, unrechtmässig an Geld oder Daten zu gelangen, und fast immer sind falsche Identitäten mit im Spiel. Jüngst war in den Medien häufig die Rede vom sogenannten Love- oder Romance-Scamming, bei dem die Betrüger ihren Opfern Liebe vorgaukeln. Mit Technical-Support-Scam sind alle konfrontiert, die digital unterwegs sind: Mit der Behauptung, ein gefährliches Virus habe den Computer infiziert, werden die Opfer in die Falle gelockt. | *slt*

Adila Choudry, Sekundarlehrperson im Gersag-Schulhaus Emmenbrücke, Präsidentin VPOD Luzern

Meisterin der C-Klasse

Sek auf Niveau C unterrichten in Emmenbrücke – das ist auf den ersten Blick nicht das ultimative Spassprogramm. Adila Choudry meistert den Job mit durchsetzungsfähiger Stimme. Und indem sie je nach Situation Lehrerin, Dompteuse, Polizistin oder Mammi ist. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Schulhaus Gersag, Emmenbrücke, Trakt E, 1. Stock. «Was ist ein Klimadiagramm, und welche Informationen lassen sich daraus gewinnen?» Diese Frage steht in der Sek 1, Niveau C, bei Adila Choudry auf dem Stundenplan. Ihre Beantwortung liegt aber nicht zwingend zuoberst auf der Prioritätenliste der 15 Dreizehnjährigen, die sich zu dieser letzten Unterrichtsstunde des Tages eingefunden haben. Andere Bedürfnisse wie lärmen, das Kalb machen oder die Wirkung gruusiger Wörter erproben wären grad vordringlicher. Mit genau dosierter Autorität schafft die Lehrerin die für den Unterricht notwendige Atmosphäre. Und tatsächlich wenden sich die Schülerinnen und Schüler jetzt dem Stoff zu. Was bedeuten all die Linien, Farben, Zahlen? Langsame Annäherung.

Wem man trauen kann

Wie errechnet man eine Durchschnittstemperatur? Wie misst man Jahresniederschlag? Gehört Luzern zu den Trocken- oder zu den Feuchtgebieten? Im angeregten Pingpong werden fundamentale Fragen mindestens gestreift: Ist es am Nordpol am kältesten? Werden die Niederlande dereinst vollends überschwemmt? Und wem kann man wohl eher vertrauen: einem selbsternannten Internet-Influencer oder der Wissenschaft? Die Konzentration der Schülerinnen und Schüler ist nicht nur aufgrund der späten Tageszeit gefährdet; auch der nahe Militärflugplatz sorgt für ablenkenden Lärm. Und dann sitzen da noch die zwei Fremden im Schulzimmer. Nein, «es» kommt nicht in der *Luzerner Zeitung*. Ja, das Magazin mit dem fertigen Bericht wird der Klasse selbstverständlich vorgelegt.

Als Sekundarlehrperson müsse sie mindestens vier Rollen in sich vereinen, sagt Adila Choudry: Polizistin, Dompteuse, Lehrerin und – Mammi. Die grosse Kunst besteht darin, das Richtige zur richtigen Zeit zu sein. Manchmal ist eine kräftige Portion Mütterlichkeit adäquat, aber die Kids brauchen auch klare Ansagen, zumal wenn sich eine Klasse im Modus «Grenzen austesten» befindet. Umgekehrt muss die Lehrkraft erproben, wie sie ihre Leute am besten abholt und motiviert. Und wie sie denen, die bis dato kaum schulische Triumphe zu feiern hatten, ebenfalls Erfolgserlebnisse verschafft. Einschliesslich Berufswahl, die – für viele zu früh – im zweiten von drei Sek-Jahren ansteht. Ein Ohr und ein Auge für individuelle Probleme braucht's darüber hinaus. Was steckt dahinter, wenn sich bei X die Absenzen türmen oder Y unentwegt müde ist?

Eine Stimme setzt sich durch: Adila Choudry und die Sek 1 C in Emmenbrücke.

Ein anderer Teil von Lehrerinnensorgen, mit denen man an den Goldküsten und Zürichbergen dieser Schweiz konfrontiert ist, fehlt dafür in Emmenbrücke weitgehend. Etwa der Typus von Eltern, die gleich schon mit dem Anwalt zur Sprechstunde kommen und die eine schlechte Note für den garantiert hochbegabten Spross nicht hinnehmen wollen. A propos Noten: Adila Choudry ist seit Jahren eine begeisterte Chorsängerin; aktuell wirkt sie bei einer Formation namens Cantallaria, laut Website ein Ensemble der fortgeschrittenen Art. Die Kollegin ist dort als tiefer Alt unter Vertrag. Oft genug singt sie sogar die Tenorstimme, denn Männer sind bei Cantallaria, wie in vielen Laienchören, rar.

Kein Hindernis

Den Weg in den VPOD fand die Tochter eines aus Pakistan stammenden Vaters und einer Schweizerin via Politik. Erst nahm sie mit den Jungen Grünen, dann mit den Grünen Fühlung auf, von dort wurde sie in die Gewerkschaft gelotst. Das passte. Mittlerweile hat Adila Choudry das Präsidium des VPOD Luzern übernommen. Und auch das fügt sich gut. Eine junge Frau mit internationalen Wurzeln, die a) zuhören kann und b) nicht bei jeder Föhnbö einknickt, macht sich gut in dem Amt. Und auch sie selbst kann viel mitnehmen – vielleicht wird's noch nützen. (Ein «fremd» klingender Name ist in Luzern, siehe Ylfete Fanaj, jedenfalls kein Hindernis für eine Politikkarriere.) Ebenso wenig schadet's, wenn man über eine sonore Stimme verfügt, die sich auch im Getümmel durchsetzt. Egal ob in Alt- oder Tenorlage.

HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow
20% VPOD-Rabatt (jederzeit gültig)

Hotel Ristorante iGrappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Frühlingsangebot

gültig bis 30. Juni 2025

Pauschal pro Person in
Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF 375.-
Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF 405.-

Der Preis beinhaltet:
3 Übernachtungen in Doppelzimmer
3 Frühstücksbuffet
1 „Gourmetmenu“ (Vier-Gänge-Abendessen)
2 Drei-Gänge-Abendessen
1 Flasche Merlot (pro Doppelzimmer)
• W-LAN
• freie Parkplätze

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit

AZB
8036 Zürich, Postfach

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 17 500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier | Fördert gute Waldnutzung FSC® C004807

Foto Titelseite: *Keystone*